

Europäisierung oder Globalisierung von Ungleichheit? Determinanten für Einkommensungleichheiten in den Mitgliedsländern der EU 1993-2007

Hessel, Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hessel, P. (2009). *Europäisierung oder Globalisierung von Ungleichheit? Determinanten für Einkommensungleichheiten in den Mitgliedsländern der EU 1993-2007*. (Berliner Studien zur Soziologie Europas / Berlin Studies on the Sociology of Europe (BSSE), 19). Berlin: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-355240>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Berliner Studien zur Soziologie Europas

Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie, Garystraße 55, D-14195 Berlin

Europäisierung oder Globalisierung von Ungleichheit?

*Determinanten für Einkommensungleichheiten in den
Mitgliedsländern der EU 1993-2007*

Philipp Hessel

Arbeitspapier Nr. 19

Juli 2009

Die „Berliner Studien zur Soziologie Europas“ des Lehrstuhls für Makrosoziologie der Freien Universität Berlin verstehen sich als ein Ort zur Vorpublikation von Beiträgen, die später in Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht werden sollen. Die Beiträge sollen helfen, eine Soziologie Europas zu profilieren; sie stehen auch im Kontext eines im Aufbau befindlichen soziologischen Master-Studiengangs zum Thema „Europäische Gesellschaft/en“.

Gegenstand der Reihe sind Beiträge zur Analyse der Herausbildung einer europäischen Gesellschaftsstruktur und -kultur, vergleichende Analysen, die die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen europäischen Gesellschaften thematisieren, sowie theoretische Versuche einer Soziologie Europas.

Ziel der Reihe ist es, durch die frühe Verbreitung dieser Arbeiten den wissenschaftlichen Gedankenaustausch zu fördern. Die Beiträge sind nur über das Internet als pdf-Datei zu beziehen.

Zitationsweise: BSSE-Arbeitspapier Nr. 19. Berlin: Freie Universität Berlin.

Abstrakt

Dem Thema Einkommensungleichheit wurde in jüngster Zeit aufgrund steigender Ungleichheit in mehreren OECD-Ländern eine große Aufmerksamkeit zuteil. Als Gründe für den Anstieg wird vielfach der Prozess der Globalisierung ins Spiel gebracht. Weitaus weniger Beachtung wurde hingegen einem anderen Prozess Wirtschaftlicher Integration geschenkt – dem Europäischen Integrationsprozess. Eine Ausnahme bildet eine Studie des amerikanischen Soziologen Jason Beckfield aus dem Jahr 2006 in welcher der Autor einen negativen Effekt sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Europäisierung auf Einkommensungleichheiten aufzeigt. Diese Ergebnisse sollen in dieser Studie unter Verwendung von Einkommensangaben für den Zeitraum 1993-2007 für die EU-Staaten repliziert werden. Dabei werden die Annahmen hinsichtlich der beiden Prozesse – Globalisierung sowie Europäisierung – theoretisch und empirisch verknüpft. Die Ergebnisse werden zeigen, dass vor allem der Prozess der Wirtschaftlichen Integration in den EU-Binnenmarkt einen deutlichen Effekt auf die (Einkommens-) Ungleichheit besitzt. Die negativen Auswirkungen Politischer Integration sowie die der Globalisierung werden hingegen nicht bzw. nur teilweise bestätigt.

Abstract

The topic income inequality has recently attracted a lot of attention as a result of increasing inequalities in a number of OECD countries. As reasons for this increase it is often referred the process of globalization. A lot less attention has been given to another process of economic integration – the process of European integration. One exception is the study of the American sociologist Jason Beckfield from the year 2006 in which the author shows a negative effect of both political as well as economic Europeanization on income inequality. These results shall be replicated in this study based on income data from EU member countries for the time period 1993-2007. Thereby the assumptions regarding both processes – Globalization and Europeanization – shall be linked theoretically as well as empirically. The results will indicate that in particular the process of economic integration into the EU's Common Market has a considerable effect on the income inequality. The negative effects of political integration and globalization are not or only partially supported.

1. Einleitung¹

Fragt man den Durchschnittsbürger nach den größten Problemen, vor denen die Welt heutzutage steht, dann stehen „Ungleichheit und Armut“ unter den Antworten meist an erster Stelle. Darin kommt zum Ausdruck, dass in weiten Teilen der Bevölkerung Besorgnis darüber herrscht, dass das Wirtschaftswachstum nicht allen gleichermaßen zugute kommt. So ergab eine im Februar 2008 von der BBC durchgeführte Studie, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung in 34 Ländern der Ansicht sind, dass die mit den wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre verbundenen Lasten und Gewinne nicht gerecht verteilt waren (zitiert nach Van Auken 2008). In allen Ländern, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, ging darüber hinaus eine deutliche Mehrheit der Befragten davon aus, dass die soziale Spaltung in den nächsten fünf Jahren noch weiter zunehmen werde. Genauso viele Menschen waren dafür, die Steuern für die Reichen zu erhöhen und für die Armen zu senken. Die Financial Times titelte daraufhin „Einkommensungleichheit ist in vielen Ländern zu einer politisch hoch brisanten Frage geworden, weil die letzte Globalisierungswelle zur Entstehung einer Super-Klasse von Reichen geführt hat“ (Financial Times zitiert nach Van Auken 2008).

Doch gehen die Menschen überhaupt recht in der Annahme, dass „die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind“? Sicherlich lässt sich auf diese Frage keine einfache Antwort geben. Jedoch scheinen sich zumindest einige grundsätzliche Tendenzen abzuzeichnen, wie eine jüngst von der OECD veröffentlichte Studie mit dem Titel „Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries“ nahe legt (OECD 2008).² Demnach sind die reichen Länder in den letzten Jahren in der Tat noch reicher geworden, wohingegen die Entwicklung in vielen ärmeren Ländern weniger günstig verlief. Andererseits ermöglichte das rasche Einkommenswachstum, insbesondere in China und Indien, Millionen von Menschen der Armut zu entkommen. Für die OECD-Welt zeigt die Studie, dass mindestens seit Mitte der 1980er Jahre ein kontinuierlicher Anstieg der Einkommensungleichheit festzustellen ist. Von der Zunahme dieser Disparitäten waren die meisten (wenn auch nicht alle) Länder betroffen, wobei insbesondere in Deutschland in jüngster Zeit deutliche Ausweitungen zu verzeichnen waren.

Als Gründe für diese Entwicklung vor allem in den OECD-Ländern kommt wohl eine ganze Reihe von unterschiedlichen Erklärungsansätzen in Frage. Zu nennen

¹ Die vorliegende Arbeit basiert in weiten Teilen auf der Abschlussarbeit „Globalisierung oder Europäisierung sozialer Ungleichheit? Determinanten für Einkommensungleichheiten in 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union: 1994-2006“, welcher der Autor im Rahmen des Masterstudiengangs Soziologie – „Europäische Gesellschaften“ an der Freien Universität Berlin angefertigt hat. Eine frühere Version der Arbeit wurde auf der EqualSoc/ECSR joint Summer School in Trento am 1.9.2008 vorgestellt. Der Autor dankt den beiden Gutachtern Prof. Jürgen Schupp und Prof. Jürgen Gerhards sowie den Konferenzteilnehmern für wertvolle Anregungen und Kritik.

² Siehe auch die Ausführungen von Anthony Atkinson (2003).

sind hier Veränderungen u.a. der Bevölkerungsstruktur, der Verteilung von Einkommen aus Kapital und unselbstständiger Arbeit, Disparitäten in der Entlohnung von hoch und gering qualifizierten Arbeitskräften oder Veränderungen im politischen Umfeld (z.B. die Verringerung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades). Damit eng verknüpft ist die seit längerer Zeit geführte Diskussion über die Auswirkungen eines zunehmend integrierten Weltmarktes, welcher vor allem durch wachsende Kapitalmobilität, erhöhten Standortwettbewerb und größer werdende Migrationsströme gekennzeichnet ist. Während es jedoch in der einschlägigen Literatur eine lebhafte Debatte über den Effekt der Globalisierung auf Ungleichheit gibt, wurde einer anderen Form Wirtschaftlicher Integration bislang kaum die Beachtung geschenkt, welche sie aufgrund ihrer Zentralität für das Thema verdient. Die Rede ist hier vom Europäischen Integrationsprozess.

Eine Ausnahme bildet die in *American Sociological Review* erschienene Studie des amerikanischen Soziologen Jason Beckfield (2006). In seiner Arbeit geht Beckfield der Frage nach, welchen Einfluss der Prozess der Europäischen Integration auf Einkommensungleichheiten innerhalb der EU-Mitgliedsländer besitzt. Basierend auf einer quantitativen Analyse mit Hilfe von Daten der *Luxemburg Income Study* (LIS) für den Zeitraum von Mitte der 1950er Jahre bis Anfang der 1990er Jahre kommt Beckfield zu dem Schluss, dass sowohl die Wirtschaftliche als auch Politische Integration im Rahmen der EU mit wachsenden Einkommensungleichheiten in den Mitgliedsländern assoziiert wird. Eine derart weitreichende These bedarf nach der Meinung des Autors einer kritischen Überprüfung, würde es doch bedeuten, dass der Konvergenzprozess zwischen den europäischen Ländern sozusagen mit dem Preis wachsender Ungleichheit innerhalb dieser „erkauft“ werden würde.

Das Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit ist es daher, die Studie Beckfield's einerseits zu replizieren und andererseits einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dazu wird auf Einkommensangaben aus dem *Europäischen Haushaltspanel* (ECHP) sowie der *Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen* (EU-SILC) zurückgegriffen. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, einen Zeitraum von 1993 bis 2007 zu berücksichtigen. Dies mag insbesondere daher relevant sein, da viele der entscheidenden Integrationsschritte der EU in den 1990er Jahren stattgefunden haben und in der Analyse Beckfield's nicht adäquat berücksichtigt werden konnten. Das zweite Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit – die kritische Überprüfung der Studie Beckfield's – geschieht dadurch, dass der Argumentation Beckfield's die Sichtweise von Autoren gegenübergestellt wird, welche dieser kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Darüber hinaus wird beabsichtigt, die Debatte über die Auswirkungen des Europäischen Integrationsprozesses auf Einkommensungleichheiten mit dem Prozess der Globalisierung theoretisch zu verknüpfen und den Zusammenhang empirisch zu testen. Dies erscheint von großem Interesse, da es sich bei beiden Phänomenen um Formen internationaler (Markt-)Integration handelt, deren Wirkungsmechanismen auf Einkommensungleichheiten mehrere Gemeinsamkeiten aufweisen. Entsprechend soll im Rahmen dieser Studie geprüft werden, wel-

che Effekte beide Prozesse einerseits für sich allein besitzen und andererseits welcher Zusammenhang zwischen ihnen besteht.

Die Studie ist hierzu wie folgt gegliedert. In einem ersten Schritt wird versucht, auf der Grundlage der relevanten Literatur darzulegen, welche Auswirkungen die Europäisierung sowie die Globalisierung hypothetisch auf die Entwicklung von Einkommensungleichheit besitzen (*Kapitel 2*). Im Anschluss daran werden methodische Fragen sowie die Operationalisierungen erörtert (*Kapitel 3*). Dies bildet die Grundlage für die empirische Überprüfung der Hypothesen in *Kapitel 4*. In *Kapitel 5* werden die Ergebnisse schließlich diskutiert.

2. Europäisierung oder Globalisierung von Einkommensungleichheiten? Theoretische Erklärungsansätze und Stand der Forschung

Das nachstehende Kapitel ist der Frage gewidmet, welche Effekte und Mechanismen theoretisch für die Entwicklung der Einkommensungleichheiten in den Mitgliedsländern der EU verantwortlich gemacht werden können. Bei der Beantwortung dieser Frage konzentrieren wir uns, wie in der Einleitung erläutert, auf zwei Erklärungsansätze: einerseits die Annahmen bezüglich der Auswirkungen Europäischer (Politischer und Wirtschaftlicher) Integration auf Einkommensungleichheiten, so wie sie von Beckfield (2006) ausgearbeitet wurden (*Abschnitt 2.1*). Andererseits gehen wir auf die in der Literatur diskutierten Konsequenzen der Globalisierung auf Einkommensungleichheiten ein, wobei hier insbesondere die Effekte internationaler Migration, des Nord-Süd-Handels sowie ausländischer Direktinvestitionen (DI) im Vordergrund stehen (*Abschnitt 2.2*). Darüber hinaus werden wir in *Abschnitt 2.3* auf primär „endogene“ Erklärungsfaktoren für Einkommensungleichheiten, wie etwa Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur oder den Wandel des Arbeitskräfteangebotes, eingehen.

2.1 Die Auswirkungen Europäischer Integration auf Einkommensungleichheiten

2.1.1 Politische Integration und Einkommensungleichheiten

In der Literatur gilt es als anerkannt, dass Wohlfahrtsstaaten bzw. Sozialpolitiken einen maßgeblichen Einfluss auf die Ungleichheitsstrukturen einer Gesellschaft besitzen, indem sie soziale Spaltungslinien produzieren und reproduzieren (Boix 1998; Hibbs 1987). Dabei beeinflusst der Wohlfahrtsstaat Ungleichheiten einerseits direkt durch Einkommenstransfers (Korpi und Palme 1998) oder indirekt durch spezifische Politiken, wie zum Beispiel die Arbeitsmarktpolitik (Korpi und Palme 1998). Ausgehend von der Feststellung, dass Wohlfahrtsstaaten Ungleichheiten und Armut reduzieren (Kenworthy 1999), stellt Beckfield die Frage, welchen Einfluss der Prozess der Europäischen Integration auf die Ausgestaltung bzw. den Umfang der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungsleistungen in den EU-Mitgliedsstaaten besitzt.

Ausführlich diskutiert wurde in diesem Zusammenhang insbesondere der Effekt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Dabei wird insbesondere den sogenannten Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages von 1992 unterstellt, in vie-

len Fällen durch Rückkopplungseffekte zu einem Abbau wohlfahrtstaatlicher Programme geführt zu haben. Nach dieser Lesart wurde der Beitritt zur WWU und die damit verbundenen Vorgaben, vor allem bzgl. der Preisniveaustabilität sowie der Finanzlage der öffentlichen Hand, mehrfach von nationalen Regierungen als Druckmittel zur Reform der Sozialpolitiken verwendet (Schulz 2000; Huber und Stephens 2002; Pierson 2002). Empirisch wurde dies vor allem im Rahmen von Studien über die Rentenreformen in Italien (Gohr 2001) und Frankreich (Pitruzzello 1997) Mitte der 1990er untersucht. Allgemein gilt die These, dass der Europäische Integrationsprozess bzw. die Wirtschafts- und Währungsunion einen unmittelbaren Einfluss auf den Umfang staatlicher Sozialleistungen besitzt, dies jedoch als nicht ausreichend bestätigt gilt (Palier 2004). Vielmehr deuten zahlreiche Studien darauf hin, dass es nicht, wie von zahlreichen Autoren prognostiziert, zu einer Beschränkung des Umfangs sozialstaatlicher Leistungen gekommen ist. Walter Korpi schreibt in diesem Zusammenhang, dass es in der Literatur als weitestgehend anerkannt gilt, „[...] that welfare-state regress in Western Europe has been relatively limited [...]“ (2003).

Das zweite Argument Beckfield's lautet, dass die EU marktorientierte Politikvorstellungen verbreite und damit eine Art *negativer Integration* befördere (Scharpf 1996). Die EU forciere demnach einseitig marktorientierte Politiken wie Deregulierung, Privatisierung und Steuerwettbewerb (Scharpf 1994). Scharpf nennt diese Dynamik *regulatorischen Wettbewerb* bzw. einen *regulatory gap*, welcher dadurch entstanden sei, dass die Kompetenzen der Union im Bereich der Sozialpolitik nicht in derselben Weise gestärkt wurden, wie sie auf der Ebene der Mitgliedsstaaten abgenommen haben (Scharpf 1994). Dies wiederum führe durch einen fiskalischen Wettbewerb, Sozialdumping sowie Sozialtourismus zu einem *race to the bottom* im Bereich der Sozialpolitik (Scharpf 1996; Beck et al. 1997). Schließlich zwingt dies die europäischen Wohlfahrtsstaaten zu einer Beschränkung ihrer Leistungen (Palier 2003; Majone 1993). Allerdings haben zahlreiche Arbeiten bereits aus der Mitte der 1990er Jahre aufgezeigt, dass die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht in Richtung eines gemeinsamen Minimums tendieren (Rhodes 1996). Vielmehr konnte beobachtet werden, dass in vielen Ländern sozialpolitische Leistungen ausgeweitet wurden (Beyeler 2001). Hinsichtlich des prognostizierten Sozialtourismus scheint es schließlich, als seien die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten weiterhin in der Lage, „[...] to find ways of locking benefits into their own systems and avoid their leakage from one country to another“ (Rhodes 1996).

Das dritte Argument Beckfield's bezüglich des Einflusses Politischer Integration auf den Wohlfahrtsstaat lautet, dass diese Einschränkungen wohlfahrtsstaatlicher Politiken durch die Politik des *naming and blaming* erleichtert werden. Politische Akteure, so die Grundannahme, tendieren grundsätzlich dazu, die Verantwortung für unpopuläre Reformen wenn möglich von sich zu weisen. Dieser Mechanismus, so Beyeler, funktioniert besonders gut in der EU, da diese eine große Bandbreite an Politiken umfasse und Verantwortlichkeiten sehr diffus verteilt seien (Beyeler 2001). Beispiele, welche im Zusammenhang mit der Politik der *blame avoidance* angebracht

wurden, sind etwa die weit reichende Reform des öffentlichen Sektors in Italien im Zuge des Beitritts zur WWU (Zolnhöfer 2005), Reformen in Spanien (Daugbjerg und Swinbank 2007), in Großbritannien und Deutschland (Benner 1998) als auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Zuge der Verhandlungen um die Agenda 2000 (Majone 1993). Auch wenn die *politics of blame avoidance* nach der Meinung verschiedener Autoren bislang in mehreren Fällen stattgefunden hat, so weist die Argumentation jedoch offensichtliche Defizite auf. Diese ergeben sich v.a. aus einem Mangel empirischer Beweisführung (Leibfried und Pierson 1998). Auch, so Majone (1993) stehe der Ansatz der *blame avoidance* im klaren Widerspruch zu der Tatsache, dass es vor allem im Laufe der 1990er Jahre zu einer zunehmenden Delegation von Kompetenzen an Institutionen gekommen ist, welche nicht dem Mehrheitsprinzip unterliegen. Ungeachtet dessen kann dem Erklärungsansatz jedoch eine hohe Plausibilität unterstellt werden (Leibfried und Pierson 1998).

Ein viertes Argument, warum sich Politische Integration negativ auf den Umfang wohlfahrtsstaatlicher Leistungen auswirkt, ist recht allgemeiner Natur. Es gründet auf der Annahme, dass nationale Regierungen durch die Verantwortung, die sich aus der wirtschaftlichen Verflechtung für den gesamten Wirtschaftsraum ergibt in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden. Dadurch entstehe ein erhöhter Anpassungsdruck, da die Erreichung öffentlicher Güter (z.B. Preisstabilität oder Wirtschaftswachstum) immer mehr zu einer „Angelegenheit gemeinsamen Interesses“ (vgl. Art. 99 & 104 EGV) geworden ist (Gross und Thygesen 1998; Dermot und Imelda 2001). So mag z.B. die Erreichung eines einseitigen Ziels wie eine hohe Beschäftigungsquote mit der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen EU-Ländern zusammenhängen. Institutionalisiert ist diese Koordinierung und Überwachung der wirtschaftspolitischen Strategien der Mitgliedstaaten vor allem im Rahmen der sogenannten *Grundzüge der Wirtschaftspolitik* sowie der *Offenen Methode der Koordinierung*. Allerdings ist die Reichweite dieser Instrumente in der Literatur umstritten und direkte Effekte empirisch in den meisten Fällen nur schwer nachzuweisen.

2.1.2 Wirtschaftliche Integration und die Schwächung des Faktors Arbeit

Das Argument, Wirtschaftliche Integration wirke sich negativ auf dem Umfang wohlfahrtsstaatlicher Sozialleistungen aus, beruht vor allem auf der Annahme, dass dieser Prozess die Balance zwischen den beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zu Ungunsten des Faktors Arbeit beeinflusst. Diese These stützt sich auf empirische Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Globalisierungsprozess, welche letzteren mit einer Schwächung des Faktors Arbeit aufgrund des steigenden Konkurrenzdrucks auf einem internationalen Arbeitsmarkt assoziieren (Alderson und Nielsen 2002; Brady und Wallace 2000; Volgy et al. 1996). Diese Erkenntnisse sind laut Beckfield (2006) auf das Beispiel der EU übertragbar, da Wirtschaftliche Integration ähnlich wie Globalisierung einen größeren Arbeitsmarkt schaffe und damit den Lohn- bzw. Gehaltswettbewerb verschärfe (Alderson und Nielsen 2002; Brady und Wallace 2000; Volgy et al. 1996). Auch wenn diese Vermutung im Zusammenhang

mit der EU bislang noch nicht in ausreichendem Maße empirisch untermauert worden ist, besteht in den Augen Beckfield's Grund zur Annahme, dass die Schaffung des Binnenmarktes zu einer Erhöhung des zwischenstaatlichen Handels- und Investitionsvolumens und somit zu einer Verringerung des gewerkschaftlichen Einflusses bzw. zu einer Schwächung korporatistischer Institutionen führt (Western 1997). Da die Einkommensungleichheit in der Regel dort niedriger ist, wo es starke Gewerkschaften bzw. korporatistische Institutionen gibt (Alderson und Nielsen 2002), führt dies, der Annahme folgend, zu einer Steigerung von Einkommensungleichheiten.

Dass Gewerkschaften sowie korporatistische Institutionen allgemein einen positiven Effekt auf Einkommensungleichheit besitzen, wird theoretisch wie folgt begründet. So äußern Gewerkschaften moderate Lohnforderungen vor allem als Austausch für Arbeitsplatzsicherheiten von zentralisierten Arbeitgeberverbänden. Diese Form zentralisierter Lohnverhandlungen sowie generalisierter Sozialleistungen hat den Effekt, das allgemeine Niveau sozialer Ungleichheit zu verringern (Esping-Andersen 1990). Entsprechend sollten die in hohem Maße von korporatistischen Institutionen geprägten und „dekommodifizierenden“ Wohlfahrtsstaaten Europas in den Augen Beckfield's den Effekt regionaler Integration im Sinne eines verstärkten Wettbewerbs auf Kosten von Einkommensungleichheit abfedern, da sie dazu beitragen, den Faktor Arbeit von dem sich verstärkenden internationalen Wettbewerb zu isolieren. Auch sind Gewerkschaftsmitglieder und -führer Mitglieder einer *moral economy* mit stark ausgeprägten Fairness- und Gleichheitsvorstellungen bezüglich der Entlohnung von Arbeit (Checchi et al. 2007). Dies führt wiederum zu gewerkschaftlichen Forderungen nach „gleichen“ Löhnen für „gleiche“ Arbeit. Darüber hinaus wird Gewerkschaften allgemein unterstellt, eine Politik der Lohnkompression zu verfolgen (Freeman 1993). Die „Stauchung“ der Lohnverteilung fällt dabei umso stärker aus, je größer die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft ist. Ein viertes Argument hinsichtlich des Einflusses von Gewerkschaften auf die Einkommensverteilung bezieht sich auf Streiks bzw. auf das für ihre Durchführung erforderliche Abstimmungsquorum. Da es für die Ausrufung eines Streiks in der Regel einer Mehrheit von mindestens 75% der Mitglieder bedarf, führt dies im Prinzip zu egalitären Lohnforderungen (Checchi et al. 2007).

Regionale Integration führt in den Augen zahlreicher Autoren insbesondere deswegen zu einer Schwächung korporatistischer Institutionen, da der Faktor Arbeit bzw. die Gewerkschaften auf der EU-Ebene nur unzureichend organisiert sind (Streek und Schmitter 1991). Streek und Schmitter charakterisieren Interessenorganisation auf der EU-Ebene in diesem Zusammenhang als „[...] more organizationally fragmented, less hierarchically integrated, more internationally competitive, and with a lot less control vested in peak associations over its affiliates or in organizations over its members“ (Streek und Schmitter 1991). Die Beurteilung des Verhältnisses von sozialpartnerschaftlichen Mustern und Europäischer Integration beider Autoren lautete daher „[...] from national corporatism to transnational pluralism“ (Streek und Schmitter 1991). Falkner kommt ebenfalls zu dem Schluss,

dass „[...] die europäischen Dachverbände eher lose Verbünde von nationalen Verbänden darstellten als schlag- und paktfähige Gebilde mit hohem Zentralisationsgrad wie in typischen korporatistischen Ländern [...]“ (Falkner 1999: 217). Auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem die Gewerkschaften repräsentiert sind, spielt in der Praxis lediglich eine marginale Rolle als Beratungsgremium (Gorges 1996; Lodge und Herman 1980; Streek und Schmitter 1991).

In Bezug auf die Auswirkungen Europäischer Integration auf die Ausgestaltung korporatistischer Systeme in den einzelnen Ländern liegt „Der Schlüssel zum Verständnis [...]“, so Schief, „[...] in der in den letzten drei Jahrzehnten immer stärker gewordenen Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten“ (2006: 194). Diese Diskussion ist laut Streek unmittelbar mit der Frage verknüpft, welcher Typus industrieller Beziehungen am ökonomisch effizientesten ist (Streek 2004). Demnach dominiere in diesem Diskurs die Ansicht, dass betriebliche Verhandlungen für effizienter angesehen werden als sektorale oder nationale und dass sektorale Abschlüsse als starr und betriebliche eher als flexibel angesehen werden (Streek 2004). Wenn entsprechend also hohe arbeitsrechtliche Standards als Standortnachteil und niedrige als wettbewerbsförderlich gelten oder wenn schwache Arbeitgeberverbände und schwache Gewerkschaften als Standortvorteil gelten, dann gerät im Rahmen dieser neuen Balance innerhalb der Europäischen Union die Gruppe der korporatistischen Länder unter Druck, so die Annahme mehrerer Autoren (Schief 2006; Streek 2004).

Darüber hinaus wird vielfach angenommen, dass der Faktor Arbeit *vis-à-vis* dem Faktor Kapital in Gestalt multinationaler Unternehmen an Gewicht verliert. Dafür werden insbesondere folgende Gründe genannt. So führt eine Verteilung des Kapitals sowie der Produktion auf mehrere Länder zu einer Fragmentierung und Zersplitterung des Faktors Arbeit. Dies erschwert eine Organisation des Faktors Arbeit in Form von Gewerkschaften (Ietto-Gillies 1992). So sind Gewerkschaften traditionell durch ihre Verknüpfung mit Betriebsräten sowie Parteien vor allem auf nationaler Ebene organisiert. Bislang gibt es jedoch nur wenige Beispiele dafür, dass Arbeitnehmervertreter eines in mehreren EU-Ländern aktiven Unternehmens in entscheidenden Fragen zusammengearbeitet hätten. Oftmals ist sogar das Gegenteil zu beobachten, nämlich dass Gewerkschaftsvertreter eines Unternehmens aus den einzelnen Ländern gegenseitige Interessen vertreten (Vgl. Fall Airbus, Spiegel Online 15. März 2007). Auch die europäische Betriebsratsrichtlinie aus dem Jahre 1994, d.h. die Möglichkeit Arbeitnehmervertretung in Form eines Europäischen Betriebsrats (EBR) zu schaffen, hat bislang nur wenig an dieser Situation geändert. Auch besitzen insbesondere multinationale Firmen ein großes Druckmittel gegenüber den Gewerkschaften, indem sie die Verlagerung der Produktion in ein anderes Land ankündigen können. Eine Produktionsverlagerung in das europäische Ausland wurde dabei durch die Schaffung des Binnenmarktes und die damit einhergehende Angleichung von Rechtsvorschriften faktisch vereinfacht. Zweitens können multinationale Unternehmen Lohnwettbewerb zwischen verschiedenen Standorten erzeugen (Huizinga 1990). Schließlich, so Enderwick (1985), genießen multinationale Unternehmen in ih-

rem „Gastland“ größere Entscheidungsfreiräume, zum Beispiel bei Fragen der Arbeitszeitregelungen, da sie nicht im gleichen Maße wie die heimischen Unternehmen an die nationale Gesellschaft gebunden sind. Zusammengenommen deuten diese Faktoren darauf hin, dass eine Internationalisierung der Produktion im Zuge des Europäischen Binnenmarktes zu einer Schwächung des Faktors Arbeit führt. Dies trifft insbesondere die traditionell in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer mit mittleren oder durchschnittlichen Einkommen, deren Anzahl dadurch abnimmt und die Lohnungleichheit größer wird.

Im Gegensatz zu den voranstehenden Ausführungen argumentieren andere Autoren, dass Globalisierung sowie regionale Integration die Organisationskraft von Gewerkschaften verstärke, da dadurch neue Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeiten der Mobilisierung entstehen (Chase-Dunn 1999). Dieses Argument beinhaltet entsprechend die alternative Hypothese, dass regionale Integration Einkommensungleichheit durch die Stärkung des Faktors Arbeit verringert. So argumentieren einzelne Autoren, dass Europäische Integration neue Formen des Korporatismus hervorbringen würde (Molina und Rhodes 2002). Ein Mechanismus entstammt dabei den Anforderungen niedriger Haushaltsdefizite sowie festen Währungskursen im Zuge der Währungsunion. Dies, so Molina und Rhodes, mache die Kosten für Arbeit „[...] a key component of macroeconomic adjustment and a major determinant of labor market performance“ (2005). Ein Autonomieverlust des Staates über die Fiskal- und Währungspolitik veranlasse diesen, so Molina und Rhodes (2005), sich für eine Stärkung zentralisierter Arbeitnehmerverbände einzusetzen. Entsprechend könnte die Annahme lauten, dass der internationale Wettbewerbsdruck im Zuge Europäischer Integration durch verstärkte Anstrengungen der nationalen Regierungen für eine Stärkung korporatistischer Institutionen „aufgefangen“ wird.

2.2 Globalisierung von Einkommensungleichheit

Nachdem in den letzten Abschnitten die Auswirkungen regionaler Integration auf Einkommensungleichheiten am Beispiel der EU diskutiert wurden, sind die folgenden Abschnitte den Auswirkungen der Globalisierung gewidmet. Die in diesem Zusammenhang, so Nollmann (2006), wohl gründlichste Studie wurde 2002 von Alderson und Nielsen vorgelegt (2002), wobei sich die Autoren auf Daten der Luxemburg Income Study (LIS) für den Zeitraum 1967 bis 1992 stützen. Die verwendeten Indikatoren der Globalisierung sind direkte Investitionen multinationaler Unternehmen im Ausland, Importe südlicher Länder in nördliche Länder sowie die Nettomigrationsrate eines Landes. Für alle drei Indikatoren weisen die Autoren einen positiven Zusammenhang mit Einkommensungleichheiten in den betrachteten OECD-Ländern nach. Zu allen drei Faktoren lässt sich ein negativer Effekt auf die Gleichverteilung von Einkommen theoretisch begründen, wie im Folgenden aufgezeigt wird.

2.2.1 Ausländische Direktinvestitionen und Einkommensungleichheit

Ein in der Literatur breit diskutierter Einflussfaktor auf Einkommensungleichheit ist die Verteilungswirkung von Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen. In diesem Zusammenhang können in der Literatur drei Hauptdiskussionsstränge identifiziert werden: 1) Diejenigen Beiträge, welche Direktinvestitionen vor allem als eine Form der Deindustrialisierung sehen; 2) Beiträge, welche ihren Fokus auf die Verhandlungsmacht des Faktors Arbeit unter den Bedingungen der Globalisierung legen und 3) diejenigen Beiträge, welche auf die „Verbilligung“ von (insbesondere gering qualifizierter) Arbeit abzielen, welche durch Handel mit weniger entwickelten Ländern sowie Standortverlagerungen verursacht wird (Alderson und Nielsen 2002). Autoren, welche der ersten Schule zuzuordnen sind, argumentieren, dass der Abfluss von Direktinvestitionen (DI) aus industrialisierten Ländern mit einer Kapitalflucht gleichzusetzen ist, welche wiederum die Deindustrialisierung beschleunigt. Dieser Prozess besitzt einen in der Literatur weithin anerkannten negativen Einfluss auf Einkommensungleichheit (Harrison und Bluestone 1998). Harrison und Bluestone argumentieren, dass DI von multinationalen Unternehmen gezielt dazu eingesetzt werden, um das Kräftegleichgewicht der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie den Staat zu Gunsten des Faktors Kapital zu beeinflussen und so eine höhere Profitabilität zu erreichen. Das Resultat, so Harrison und Bluestone (1998), ist eine „Aushöhlung“ der kapitalexportierenden Wirtschaft. Mit „Aushöhlung“ meinen sie, dass die Unternehmen DI nicht länger dazu verwenden, um heimische Investitionen und die Produktion zu ergänzen, sondern um diese zu ersetzen. So hätten insbesondere Unternehmen im Bereich der verarbeitenden Industrie auf der Suche nach billigerer Arbeit im Ausland investiert und Stellen in der heimischen Wirtschaft abgebaut. Die Arbeiter, welche aufgrund von Produktionsverlagerungen ins Ausland arbeitslos werden, müssen vor allem im Dienstleistungssektor nach neuer Beschäftigung suchen. Dieser Sektor ist jedoch, im Gegenteil zum Industriesektor, durch eine hohe Ungleichverteilung der Löhne gekennzeichnet. Auch ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften im Dienstleistungssektor allgemein niedriger als im Industriesektor, was wiederum zu einer Schwächung des Gewerkschaftseinflusses bzw. des Faktors Arbeit beiträgt. Der zweite Diskussionsstrang zielt dabei hauptsächlich auf die Schwächung des Faktors Arbeit durch DI ab. Die genauere Argumentation wurde bereits im vorherigen Kapitel (Schwächung des Faktors Arbeit durch Internationalisierung der Produktion) dargelegt. Beckfield (2006) bezieht sich bei seinen Ausführungen zu den Effekten ökonomischer Integration auf die Balance zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital explizit auf Alderson und Nielsen (2002) bzw. überträgt diese Überlegungen auf den Bereich Europäischer Integration. Der dritte Argumentationsstrang bezieht sich auf die Rolle von DI auf die Verteilung der Einkommen zwischen Kapital und Arbeit sowie die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit. Insoweit ein Abfluss von DI aus einem hoch entwickelten Industrieland eine tatsächliche Verringerung der Produktionskapazität bedeutet, führt dies zu einer Verbilligung der Arbeit. Dies resultiert aus dem Umstand, dass die Arbeiter in der heimi-

schen Wirtschaft bei der Produktion von weniger Kapital unterstützt werden und die marginalen Kosten für Arbeit sinken, wohingegen die marginalen Kosten für Kapital steigen. Schließlich führt dies zu einem steigenden Anteil an Volkseinkommen aus Kapitalbesitz und einer steigenden Ungleichverteilung der Einkommen, da insbesondere Kapital im Allgemeinen besonders ungleich verteilt ist. Darüber hinaus besitzt die Abwanderung von DI ins Ausland besonders negative Konsequenzen für gering qualifizierte Arbeit, da „[...] low-skill jobs are in effect being ‘exported’ to low-wage countries through relocation“ (Lee 1996) und somit die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften sinkt. So sinken die Löhne gering qualifizierter Arbeiter, was wiederum mit steigender Einkommensungleichheit assoziiert ist.

Die letztgenannten Argumente bezüglich des Effekts von DI auf die Einkommensverteilung basieren auf zwei Annahmen. Einerseits müssen DI eine tatsächliche Ersetzung von Investitionen darstellen, die sonst im Inland stattgefunden hätten (Lee 1996). Dieser Punkt ist jedoch in der Literatur hoch umstritten. So sehen einige Autoren DI tatsächlich als Substitution von Investitionen im Inland (Ietto-Gillies 1992), andere jedoch betrachten DI lediglich als eine neue (additive) Form von Investitionen an (Bhagwati 1994). Zweitens sprechen derartige Überlegungen einer Anpassung durch Handel keine oder lediglich eine geringe Rolle zu. Zusammengenommen besteht jedoch ausreichend Grund zu der Annahme, dass DI einen Effekt auf die Einkommensverteilung besitzen. Dabei sprechen alle Diskussionsstränge den DI einen negativen Effekt auf die Gleichverteilung der Einkommen zu. Kurzfristig sollte eine Abwanderung von DI zu steigender Einkommensungleichheit in der kapitalentscheidenden Wirtschaft führen, da diese mit einem Abbau von Stellen in der Industrie sowie der Schwächung der Verhandlungsposition von Gewerkschaften verbunden ist. Langfristig führt die Abwanderung von DI zu steigender Einkommensungleichheit, da die Nachfrage an gering qualifizierten Arbeitskräften sinkt und das Volkseinkommen zunehmend aus Kapitalbesitz entsteht.

2.2.2 Südhandel und Einkommensungleichheit

Neben den DI wurde im Zusammenhang mit dem Thema Globalisierung von Einkommensungleichheit vor allem auch der Einfluss des internationalen Handels und insbesondere des Nord-Süd-Handels diskutiert (Cline 1997). Dabei gruppiert sich die Diskussion um zwei Hauptargumentationslinien (Messerlin 1995). Die Erste besagt, dass der Nord-Süd-Handel die Durchschnittslöhne im Norden, sprich in den OECD-Ländern, senken würde, da die Arbeiter aus den vergleichsweise reichen Ländern des Nordens in direkten Wettbewerb mit den Arbeitern aus dem vergleichsweise ärmeren Süden gebracht werden. Dieser verstärkte Wettbewerb weitet sich dann auf den gesamten Arbeitsmarkt aus und betrifft somit auch besser und hoch qualifizierte Arbeiter. In den Augen von Alderson und Nielsen (2002) ist dieses Argument jedoch nur unzureichend belegt. Vergleicht man z.B. die Durchschnittslöhne in den OECD-Ländern mit denen der Handelspartner, so kommt man zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte des Gesamthandels mit Ländern stattfindet, in denen ein ähnlich hoher

Durchschnittslohn existiert (Krugman und Lawrence 1993). Unter solchen Umständen sollte der Effekt des Handels mit ärmeren Ländern des Südens auf das Lohnniveau bzw. Einkommensungleichheiten in den reicheren Ländern lediglich marginal sein. Die zweite Version des Arguments, welches den Nord-Süd-Handel mit wachsender Ungleichheit in Verbindung bringt, bezieht sich auf die Durchschnittslöhne der gering qualifizierten Arbeiter. So senke Nord-Süd-Handel die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit im Norden. Dies führe wiederum zu einer Senkung der Löhne für gering qualifizierte Arbeiter im Verhältnis zu den besser qualifizierten Arbeitern. Dieses Argument bezieht sich auf das sogenannte Heckscher-Ohlin-Theorem (O'Rourke 2003), welches sich anhand des folgenden Beispiels illustrieren lässt: In einer Welt mit lediglich zwei Gütern, in welcher sich die Länder ausschließlich durch ihre Ausstattung mit qualifizierten Arbeitskräften unterscheiden, sind die verhältnismäßigen/relativen Löhne, unter der *ceteris paribus*-Annahme, in Ländern mit einem hohen Qualifikationsniveau bzw. reichen Ländern niedriger als in Ländern mit geringeren Qualifikationsniveaus und einer höheren Gewichtung des Produktionsfaktors Arbeit. Dies führt dazu, dass die reichen Länder unter Ausnutzung ihres komparativen Kostenvorteils wissensintensive Güter herstellen und exportieren werden, wohingegen ärmere Länder weniger wissensintensive und eher arbeitsintensive Güter herstellen werden. Werden nun Handelsschranken abgebaut, führt dies zu einer Angleichung der Faktorpreise. So steigt der relative Lohn wissensintensiver Produktion in reichen Ländern wohingegen er in ärmeren Ländern fällt. Die relativ besser verfügbaren Produktionsfaktoren gewinnen so an realen Werten, während die selteneren an Wert verlieren. Nach der Meinung von Alderson und Nielsen ist diese Version des Arguments im Vergleich zum Ersten stichhaltiger, wenngleich es auch hierfür lediglich unzureichende empirische Belege gibt (Alderson und Nielsen 2002).

Laut Alderson und Nielsen (2002) bildet insbesondere die Studie von Wood aus dem Jahre 1994 (Wood 1994) eine fundierte Begründung, warum eine Zunahme des Nord-Süd-Handels mit steigender Einkommensungleichheit assoziiert werden kann. Die Argumentation von Wood (1994) lässt sich wie folgt kurz zusammenfassen: So bildet die empirische Beobachtung steigender Lohnspreizung zwischen Arbeitern entlang ihres Qualifikationsniveaus seit Anfang der 1980er Jahren in den Ländern der OECD sowie die Zunahme des Welthandels im gleichen Zeitraum den Ausgangspunkt der Analyse. Basierend auf dieser Beobachtung stellt Wood die These auf, dass die Zunahme der Einkommensungleichheit und die Nachfrageverschiebung nach qualifizierten und geringer qualifizierten Arbeitskräften im Zuge des Außenhandels kausal zusammenhängen. Wood kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluss, dass der Nord-Süd-Handel einen signifikanten Einfluss auf die Nachfrage von qualifizierten Arbeitskräften im Vergleich zu geringer qualifizierten besitzt. So habe die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit relativ zu der nach geringer qualifizierter zugenommen, was sich wiederum in den entsprechenden Durchschnittslöhnen beider Gruppen niederschlägt. Wood schreibt, „[...] it seems quite likely that the

widening of skill differentials [...] was the main cause of [...] changes in the trend of household income distribution" (Wood 1994).

2.2.3 Migration und Einkommensungleichheit

Ein dritter in der Literatur diskutierter Aspekt ist der Einfluss von Migration auf Einkommensungleichheit, wobei sich die Annahmen vor allem auf die US-amerikanischen Erfahrungen beziehen. So besteht laut Borjas (2000) für die USA auf der deskriptiven Ebene ein Zusammenhang zwischen einer Zunahme der Migration sowie Ungleichheit. Ebenso, so Borjas, „[...] there has been a precipitous decline in the average skills of the immigrant flow reaching the United States, relative to natives.“ Darüber hinaus sei die Gruppe der Migranten „[...] highly bifurcated; there are many immigrants with few skills and many immigrants who are highly skilled“ (2000). Die Kombination hoher Migrationsraten und einer Mehrzahl an Migranten mit geringer Qualifikation sowie hoher Varianz bezüglich des Qualifikationsniveaus wird von Autoren wie Borjas als ein Grund für die wachsende Ungleichheit in den USA angesehen.

Dabei vermag die Situation in den USA nicht zwingend die in anderen OECD-Ländern bzw. der EU widerspiegeln. Zu unterscheiden ist dabei vor allem hinsichtlich der Sozialstruktur der heimischen Bevölkerung und derjenigen der Immigranten. In verhältnismäßig ärmeren und durch Abwanderung gekennzeichneten Ländern (z.B. die südeuropäischen Länder in den 1970er und 1980er Jahren), so könnte die Annahme lauten, führt die Emigration tendenziell zu einer Verringerung von Ungleichheiten, da vor allem geringer qualifizierte Personen auswandern und somit die Lohnspreizung im Herkunftsland geringer wird. In den relativ betrachtet reicheren Ländern mit hohem Qualifikationsniveau (z.B. in den skandinavischen Ländern) führt die Zuwanderung von verhältnismäßig geringer qualifizierten Arbeitskräften hingegen zu einer Vergrößerung der Lohnspreizung bzw. einer Zunahme von Einkommensungleichheiten. Entscheidend für den Effekt von Migration auf die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft erscheint demnach die Diskrepanz zwischen dem allgemeinen Qualifikationsniveau der heimischen Arbeitnehmer und dem der Immigranten.

2.3 Die „üblichen Verdächtigen“: Endogene Erklärungsfaktoren für die Entwicklung von Einkommensungleichheiten

Neben den mit dem Globalisierungsprozess assoziierten Einflussfaktoren Nord-Süd-Handel, Direktinvestitionen und Migration, gehen Alderson und Nielsen (2002) in ihrer Studie auch auf endogene Erklärungsfaktoren für Einkommensungleichheiten ein, wobei diese nicht immer eindeutig von externen Effekten (wie z.B. der Globalisierung) abgegrenzt werden können:³

³ Siehe auch die Zusammenfassung von Nollmann (2006).

- So wird ein hoher Prozentanteil der Beschäftigten im Agrarsektor allgemein mit einem positiven, d.h. ungleichheitsverringenden, Effekt auf Einkommensungleichheiten in Verbindung gebracht, da die Entlohnung in diesem Bereich relativ gleichmäßig verteilt ist;
- Ebenso senke ein höherer Anteil der Beschäftigten im Industriesektor Ungleichheit, da die Löhne in diesem Sektor durch eine starke Regulation geregelt bzw. relativ gleich verteilt sind;
- Im Zuge einer Steigerung der Gesamtbevölkerungszahl steige ebenfalls das Erwerbspersonenpotential. Dadurch wiederum konkurrieren mehr Personen um eine relativ gleich bleibende Anzahl von Stellen, was wiederum zu einem Anstieg der Lohnspreizung führt;
- Ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen wird im Allgemeinen mit einer Zunahme der Ungleichverteilung von Einkommen verbunden, da Frauen im Vergleich zu Männern unterdurchschnittliche Löhne aufweisen;
- Wie bereits erwähnt, wird einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sowie starken korporatistischen Organisationen ein positiver Einfluss auf Einkommensungleichheiten zugesprochen (der aufgrund mangelnder Datengrundlage jedoch nicht getestet werden kann);
- Staatlichen Sozialausgaben wird, gemäß den voranstehenden Ausführungen, allgemein ein ungleichheitsverringender Effekt zugeschrieben.

Alderson und Nielsen (2002) kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die endogenen Variablen durchaus einen Effekt auf die Einkommensungleichheit in den betrachteten OECD-Ländern besitzen. Hierzu zählt insbesondere der Anteil der Arbeitskräfte im Agrarsektor. Über den Zeitverlauf hinweg betrachtet, weisen die Globalisierungsvariablen jedoch weitaus stärkere Effekte auf, als die endogenen Variablen. „Damit soll belegt werden [...]“, so Nollmann “[...] dass die Globalisierungsvariablen im Zeitablauf im imaginären Rennen zwischen den unabhängigen Variablen am meisten verändert hätten.“

Dieses Kapitel war der Frage gewidmet, welche Mechanismen für die Veränderungen der Einkommensungleichheiten in der EU verantwortlich gemacht werden können. Bei der Beantwortung der Frage standen einerseits die Effekte der Europäischen Integration sowie andererseits die der Globalisierung im Vordergrund.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Europäischen Integration, wurde im Anschluss an Jason Beckfield zwischen Politischer und Wirtschaftlicher Integration unterschieden. Politische Integration wird dabei vor allem mit einer Verringerung des Umfangs wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme assoziiert. Dieser negative Effekt Europäischer Integration auf den Umfang staatlicher Sozialleistungen beruht insbesondere darauf, dass die EU die Ausgaben für soziale Sicherungsleistungen durch *policy-feedbacks* (insbesondere durch die Maastricht-Kriterien) einschränkt. Ebenso propagiere die EU die Umsetzung von in erster Linie marktorientierten *policy-scripts*

und fördere durch die Politik der *blame avoidance* die Beschränkung sozialer Sicherungssysteme. Schließlich schränke die EU die Autonomie nationaler Regierungen dadurch ein, dass sie das Wohl der nationalen Volkswirtschaften an das des gesamten Wirtschaftsraumes koppelt. Wirtschaftliche Integration wird von zahlreichen Autoren für eine Veränderung des Gleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital zu Ungunsten des Faktors Arbeit verantwortlich gemacht. Dies schlägt sich wiederum in einer Verschärfung des Lohnwettbewerbs und damit einhergehend einer Schwächung des Gewerkschaftseinflusses nieder, wobei beiden Effekten negative Auswirkungen auf Einkommensungleichheiten unterstellt werden können. Allerdings sind die empirischen Belege für diese Zusammenhänge bislang noch unzureichend, weswegen die Argumentation bei einer Reihe von Autoren auf Kritik stößt. So gilt vor allem für die These, dass der Europäische Integrationsprozess bzw. die Wirtschafts- und Währungsunion einen direkten Einfluss auf den Umfang staatlicher Sozialleistungen besitzt als unzureichend belegt. Entsprechend haben zahlreiche Arbeiten aufgezeigt, dass die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht in Richtung eines gemeinsamen Minimums tendieren (Palier 2004). Vielmehr konnte beobachtet werden, dass in vielen Ländern sozialpolitische Leistungen ausgeweitet werden (Majone 1993). Der Argumentation, Wirtschaftliche Integration „unterminiere“ den Einfluss der Gewerkschaften bzw. korporatistischer Institutionen, wird entgegengehalten, dass regionale Integration die Organisationskraft von Gewerkschaften verstärke, da dadurch neue Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeiten der Mobilisierung entstehen (Chase-Dunn 1999). Auch könnte die Europäische Integration dazu führen, neue Formen des Korporatismus hervorzubringen (Molina und Rhodes 2002).

Bezüglich der Globalisierung werden insbesondere direkte Investitionen multinationaler Unternehmen im Ausland, Importe südlicher Länder in nördliche Länder sowie die Migration mit Einkommensungleichheiten in Verbindung gebracht. Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen werden dabei vor allem als Form der Deindustrialisierung sowie einer „Verbilligung“ von (insbesondere gering qualifizierter) Arbeit assoziiert. Die Abwanderung von Arbeitsplätzen in der Industrie sowie die Verringerung der Löhne von gering qualifizierten Arbeitnehmern führt, so die Annahme, zu einer Erhöhung der Lohnspreizung bzw. einer Vergrößerung der Ungleichheit der Einkommen. Ebenso verstärke der Südhandel die Einkommensungleichheit, da die Arbeiter aus den vergleichsweise reichen Ländern des Nordens in direkten Wettbewerb mit den Arbeitern aus dem vergleichsweise ärmeren Süden gebracht werden. Dieser verstärkte Wettbewerb weitet sich, der Annahme nach, auf den gesamten Arbeitsmarkt aus und betrifft somit auch besser und hoch qualifizierte Arbeiter. Ebenso führe der Südhandel dazu, dass die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit im Norden sinkt. Dies führt wiederum zu einer Senkung der Löhne für gering qualifizierte Arbeiter im Verhältnis zu den besser qualifizierten Arbeitern. Nach der Meinung von Alderson und Nielsen (2002) existieren für diesen Zusammenhang jedoch unzureichende empirische Belege. In Bezug auf Migration wird angenommen, dass die Zuwanderung von verhältnismäßig geringer qualifizierten Ar-

beitskräften zu einer Vergrößerung der Lohnspreizung bzw. einer Zunahme von Einkommensungleichheiten führt.

Neben den Auswirkungen der Europäisierung sowie der Globalisierung wurden endogene Faktoren für die Entwicklung von Einkommensungleichheiten diskutiert. Zu nennen sind dabei insbesondere der Prozentanteil der Beschäftigten im Industrie- bzw. Agrarsektor, die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl oder die Erwerbsquote von Frauen.

Bevor diese Annahmen in *Kapitel 4* empirisch getestet werden, soll in folgendem Kapitel auf die Methodenwahl sowie die Operationalisierungen eingegangen werden.

3. Operationalisierungen und Methoden

3.1 Die Messung von Einkommensungleichheit

Die abhängige Variable der anschließenden Untersuchung bildet die Einkommensungleichheit in den einzelnen Ländern, gemessen am sogenannten *Gini-Koeffizienten*. Zwar existieren neben diesem Indikator noch eine große Anzahl weiterer Ungleichheitsmaße, welche alle mit bestimmten Charakteristiken bzw. Vor- und Nachteilen verbunden sind. Da jedoch die Studien von Beckfield (2006) und Alderson und Nielsen (2002) einerseits repliziert werden sollen, wird der Gini-Koeffizient ebenfalls als primäre abhängige Variable verwendet, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Der Gini-Koeffizient ist dabei eines der populärsten Maße zur Berechnung von Einkommensungleichheiten. Der Koeffizient kann Werte zwischen null (eine absolut gleichmäßige Einkommensverteilung) und eins (größtmögliche Ungleichverteilung) annehmen. Dieser Koeffizient wird stark von den häufig vorkommenden, d.h. den eher durchschnittlichen Einkommen beeinflusst und allgemein als zu stark aggregiert betrachtet, um Schlüsse über Einflüsse verschiedener Einkommensklassen auf das Ergebnis zu erlauben. Auch lässt sich der Gini-Koeffizient nicht additiv zerlegen. Die Werte für den Gini-Koeffizienten wurden, in Analogie zu Beckfield (2006) und Alderson und Nielsen (2002) auf der Grundlage des verfügbaren Haushalts-Jahreseinkommens (household disposable income) berechnet. Letzteres wird gebildet, indem die Summe der Jahreseinkommen sowie Pensionen aller Personen im Haushalt mit der Summe der gezahlten Steuern/Sozialabgaben, der erhaltenen Sozialtransfers sowie der erhaltenen/geleisteten Privattransfers (z.B. Unterhaltszahlungen) verrechnet wird. Um die Einkommen der von der Größe und Zusammensetzung her unterschiedlichen Haushalte vergleichen zu können, werden die Haushaltseinkommen mit einer Äquivalenzskala bedarfsgewichtet, die der Zahl der Haushaltsmitglieder sowie deren Alter Rechnung trägt.

Die Berechnung der Gini-Koeffizienten für die vorliegende Studie erfolgte hauptsächlich auf der Grundlage von Mikrodaten aus dem *Europäischen Haushaltspanel* (ECHP) sowie der *Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen* (EU-SILC). Beim ECHP handelt es sich um eine jährliche Längsschnitterhe-

bung von Haushalten in europaweit rund 65.000 Haushalten in dem Zeitraum 1994-2001. Dabei nahmen nicht alle EU-Mitgliedsstaaten an sämtlichen acht Erhebungswellen teil. So stieß Österreich mit seinem EU-Beitritt im Jahre 1995 hinzu. Finnland wurde 1996 integriert. Daneben wurde das ECHP zum Teil durch nationale Studien (SOEP 1994-2001; BHPS 1994-2001; PSELL 1997-2001; SLCS 1997-2001) ergänzt. Ursprünglich sollte nach Beendigung der achten Welle des ECHP's im Jahr 2001 das neue Instrument – die EU-SILC – eingeführt werden, um eine Kontinuität der Indikatoren zu gewährleisten. Allerdings konnte die EU-SILC aufgrund politischer Abstimmungsschwierigkeiten erst im Jahr 2004 eingeführt werden. Durch diesen Umstand ergibt sich eine Lücke in der Datenbasis von 3 Jahren (2001-2003). Um trotz des Fehlens einer vergleichbaren Mikrodatenbasis Angaben über die Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedsstaaten zu besitzen, wurden die nationalen statistischen Institute von Eurostat dazu aufgefordert, nationale Einkommensverteilung zu übermitteln. Diese wurden anschließend von Eurostat harmonisiert und die Gini-Koeffizienten berechnet. Diese wurden von Eurostat veröffentlicht und im Rahmen dieser Studie für den Zeitraum 2001-2003 verwendet. Um den Wechsel in der Datenbasis zu kontrollieren, wurde in den nachstehenden Modellen eine Dummy-Variable für diesen möglichen Effekt einbezogen. Diese war jedoch nicht signifikant. Die EU-SILC baut dabei auf den Erfahrungen des ECHP's auf und besitzt im Grunde den gleichen Umfang sowie Reichweite. Sie dient ebenso der Erhebung aktueller und international vergleichbarer, multidimensionaler Quer- und Längsschnitt-Mikrodaten über Einkommen, Armut, soziale Ausgrenzung und Lebensbedingungen. Die Erhebung ist 2004 in 12 EU-Mitgliedstaaten (EU-15 mit Ausnahme von Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden) angelaufen. Seit 2005 wird EU-SILC in allen Mitgliedsstaaten (d.h. auch in den sukzessive beigetretenen Ländern) erhoben.⁴ Rumänien und Bulgarien wurden aufgrund fehlender Angaben nicht berücksichtigt.

Die Berechnung der Gini-Koeffizienten für die einzelnen Länder-Jahre auf Grundlage der Mikrodaten aus dem ECHP sowie der EU-SILC wurde unter Verwendung des Stata-Moduls *Ineqdeco* (Jenkins 1999) durchgeführt.

⁴ Bezüglich des verwendeten Haushalts-Nettoeinkommens (total household disposable income) wurden in der EU-SILC, anders als im ECHP, folgende Komponenten mitberücksichtigt: Steuern auf Gesundheitsausgaben, nicht monetäre Zuwendungen des Arbeitgebers, Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialabgaben, kalkulatorische Mieten, Zinsen auf Hypothekenkredite, der Wert der für den Eigengebrauch produzierten Güter sowie monetäre Transfers an andere Haushalte (das ECHP beinhaltet lediglich erhaltene Transfers). Darüber hinaus wurde die Referenzperiode für die Erfassung des Jahres-Nettoeinkommens flexibler ausgelegt. Während diese im ECHP als das vorangegangene Jahr definiert wurde, kann diese in der EU-SILC entweder einen festen 12-monatigen Zeitraum (z.B. das vorangegangene Kalender- oder Steuerjahr) oder eine bewegliche 12-monatige Periode (z.B. die 12 Monate vor dem Interview) beschreiben.

3.2 Operationalisierung

Politische Integration wird im Anschluss an Beckfield (2006) anhand der Anzahl der Fälle nach Artikel 234 des EG-Vertrags (ehem. Art. 177 EWG-Vertrag) (sogenanntes „Vorabentscheidungsverfahren“) operationalisiert. Nach Artikel 234 EGV sind nationale Gerichte dazu aufgefordert, den EuGH über die Gültigkeit und Auslegung europäischer Regeln zu befragen, die im Rahmen eines laufenden Prozesses von Relevanz erscheinen. Sinn und Zweck dieser Regelung ist sicherzustellen, dass der EuGH seiner Aufgabe, für die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung des Europarechts zu sorgen, nachkommen kann. Dadurch soll gewährleistet werden, dass das Gemeinschaftsrecht innerhalb der Mitgliedsstaaten gleich angewendet wird, indem die Befugnis für die letztverbindliche Auslegung allein dem europäischen Gericht zugewiesen wird. Bei der Klagehäufigkeit bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, welche auf unterschiedliche Rechtstraditionen und institutionelle Faktoren zurückgeführt werden. So wurde etwa das Vorabentscheidungsverfahren gemäß Artikel 234 EGV insbesondere vom Deutschen Bundesverfassungsgericht dazu verwendet, die eigene Position zu festigen (Tridimas und Tridimas 2004). Auch führt Deutschland, gefolgt von Frankreich, die Liste der Länder mit den meisten Vorabentscheidungsverfahren an, wobei insgesamt rund 40% der Fälle die Bereiche Landwirtschaft und Freier Verkehr von Waren und Dienstleistungen betrafen. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird die Anzahl der Vorabentscheidungsverfahren als Indikator für juristische Integration verwendet (Nye 2002). Eine Erhöhung der von nationalen Gerichten an den EuGH überwiesenen Fälle bedeutet demnach einen Zuwachs der Integration des nationalen Rechts in das der EU. Durch die Prozedur der Vorabentscheidungen werden darüber hinaus vertikale Netzwerke zwischen nationalen und supranationalen Akteuren gebildet, welche für eine effiziente Implementierung des EU-Rechts sorgen (Slaughter 1997). Die Europäische Kommission beurteilt die Entwicklung der Vorabentscheidungsverfahren im Sinne der Anwendung des EU-Rechts durch die nationalen Gerichtshöfe. Fligstein und Stone Sweet (2001) verwenden die Anzahl der „234er-Fälle“ (disaggregiert nach Politikbereich) als Indikator für politische Institutionalisierung. Laut Beckfield (2006) korreliert die Anzahl der Vorabentscheidungsverfahren in einem Land hoch mit der Beitrittslänge eines Landes, der Anzahl der in nationales Recht umgesetzten EU-Richtlinien sowie dem Anteil der Personen, welche die Europäische Integration als solche unterstützen. Angaben über die Anzahl der Vorabentscheidungsverfahren nach Artikel 234 EGV werden regelmäßig vom Europäischen Gerichtshof berichtet.

Wirtschaftliche Integration wird im Anschluss an Beckfield (2002) anhand des prozentualen Anteils der Exporte in andere EU-Mitgliedsländer (Intrahandel) in Relation zu den Gesamtexporten eines Landes für die jeweiligen Jahre berechnet. Die Daten stammen aus der Eurostat Datenbank.

Abfluss von Direktinvestitionen (DI-Abfluss) wird in Analogie zu Beckfield sowie Alderson und Nielsen (2002) anhand des Abflusses von Direktinvestitionen ins Ausland (in USD in laufenden Preisen) pro Erwerbsperson operationalisiert. Da laut

Beckfield (2006) sowie Alderson und Nielsen (2002) frühere Forschungsergebnisse auf einen nicht linearen Effekt dieser Größe hindeuten, wird die Variable im Anschluss an diese Studien auf der Basis 10 logarithmiert.

Die *Nettomigrationsrate* bezeichnet die Differenz zwischen stattgefundener Immigration und Emigration geteilt durch 1:000 Einwohner für einen Zeitraum. Ein positiver Wert bedeutet, dass mehr Personen ein- als ausgewandert sind und umgekehrt.

Die Variable *Südhandel* wurde in Analogie zu Alderson und Nielsen (2002) am Import von manufactured commodities (Standard International Trade Classification - SITC Rev. 3-Gruppen Nr.: 5 (chemicals and related products), 6 (manufactured goods), 7 (machinery and transport equipment) und 8 (miscellaneous manufactured articles)) aus Nicht-OECD-Ländern gemessen, in US-Dollar in laufenden Preisen jedes Land berechnet, durch das BIP in US-Dollar in laufenden Preisen geteilt und schließlich – wie bei Beckfield (2006) sowie Alderson und Nielsen (2002) – auf der Basis 10 logarithmiert, um nicht-lineare Zusammenhänge zu berücksichtigen. Die Daten stammen aus der *Source OECD-ITCS International Trade by Commodities Statistics - SITC Rev.3 Vol 2007 release 01*.

Eine detaillierte Beschreibung der zentralen unabhängigen Variablen, der genauen Datenquellen sowie der Kontrollvariablen befindet sich im *Anhang*.

3.3 Methodische Vorgehensweise

Für die Untersuchung der Auswirkungen verschiedener unabhängiger Variablen auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit in mehreren Ländern der Europäischen Union bildet das Land-Jahr die Analyseeinheit. Die Daten für den Zeitraum 1993-2007 bilden eine *unbalanced time series of cross sections* mit einer maximalen Zahl von 203 Fällen. Da die verwendeten Daten aufgrund der wiederholten Messung des gleichen Merkmals ein Panel bilden, ist die Verwendung herkömmlicher Regressionsverfahren nach der *Methode der Kleinsten Quadrate* (KQ) nicht angemessen. Der Grund hierfür liegt insbesondere in dem Umstand begründet, dass die wiederholte Messung eines Merkmals oftmals zu einer Korrelation der Residuen innerhalb der Beobachtungseinheiten führt. Diese Residuen-Korrelation verstößt gegen die für valide statistische Inferenz notwendige Unabhängigkeits-Annahme, so wie sie bei der Methode der kleinsten Quadrate getroffen wird. Daneben besteht jedoch ein noch gewichtigeres Problem, welches in dem Vorhandensein ungemessener Heterogenität zu suchen ist. Für diese Analyse würde es konkret bedeuten, dass die Residuen innerhalb der Länder korrelieren und somit ein möglicherweise wichtiger Faktor von dem Modell nicht berücksichtigt würde, was wiederum die Parameter-Schätzung der unabhängigen Variablen negativ beeinflussen würde. Dies wird in der statistischen Literatur allgemein als Heterogenitäts-Verzerrung bezeichnet.

Zur Lösung dieser Probleme stehen grundsätzlich mehrere Verfahren zur Auswahl. Zwei Ansätze sind sogenannte *random-effects* (RE) sowie *fixed-effects* (FE) Modelle. Der FE-Ansatz versucht das Problem der ungemessenen Heterogenität zu lösen, indem einheitsspezifische Achsenabschnitte berechnet werden. Die Achsenab-

schnitte variieren somit zwischen den Einheiten, wohingegen die Effekte der unabhängigen Variablen für alle Einheiten konstant bleiben. Das FE-Verfahren erklärt dadurch die Abweichung der Beobachtungen von deren Mittelwert, allerdings nicht die Unterschiede in den (Mittel-)Werten zwischen den Einheiten. Der FE-Schätzer entfernt dadurch jegliche Variation zwischen den Analyseeinheiten (hier Länder-Jahre), wodurch lediglich die zeitliche Variation innerhalb der Einheiten erklärt werden kann und dadurch ein erheblicher Anteil der Varianz unberücksichtigt bleibt. Dies ist insbesondere daher von Nachteil, da die Varianz zwischen den Einheiten meist größer ist als die Varianz innerhalb der Einheiten. Das RE-Modell erlaubt es hingegen sowohl die Variation zwischen als auch innerhalb der Einheiten zu berücksichtigen. Der RE-Ansatz versucht die Heterogenitäts-Verzerrung durch die Einbeziehung eines panelspezifischen Fehler-Terms zu begegnen. Die Hauptannahme des RE-Modells ist es, dass die Fehler-Terme nicht mit den Regressionskoeffizienten korrelieren. Oder anders ausgedrückt, dass die gemessenen Werte nicht mit den ungemessenen Werten korrelieren. Ein Test für diese Annahme ist der sogenannte Hausman-Test (Hausman 1978). Dieser vergleicht die Regressoren eines RE-Modells mit denen eines FE-Modells, welches nicht die Annahme der Unkorreliertheit der Residuen mit den Regressionskoeffizienten beinhaltet. Unterscheiden sich diese signifikant, so wird die Null-Hypothese des Tests, dass keine signifikanten Unterschiede vorliegen, abgelehnt, wodurch eine Schätzung mithilfe des FE-Modells vorzuziehen wäre.

Für die Analyse der Auswirkungen Europäischer Integration sowie der Globalisierung auf Einkommensungleichheiten ist die Variation zwischen sowie innerhalb der Länder von substantiellem Interesse. Dies ist der Fall, da einerseits untersucht werden soll, ob stärker in die EU integrierte Länder durch größere Ungleichheit gekennzeichnet sind als auch andererseits, ob eine Vertiefung der Integration (in den Europäischen- bzw. Weltmarkt) im Zeitverlauf mit einer Zunahme der Einkommensungleichheit assoziiert ist. Hinsichtlich der Beantwortung dieser Fragestellung wäre die Verwendung des RE-Schätzers insofern eindeutig gegenüber dem FE-Modell vorzuziehen. Um die Verwendung des RE-Modells abzusichern, wurde aus diesem Grund für sämtliche Modelle ein Hausman-Test durchgeführt. Da dieser in allen Fällen die Null-Hypothese, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Schätzern vorliegen, bestätigte, kann davon ausgegangen werden, dass der RE-Schätzer effizient ist. Da jedoch, unabhängig von dem Ergebnis des Hausman-Tests, der FE-Schätzer um die nicht gemessenen zeitunabhängigen Ländereffekte kontrolliert und somit einen stringenteren Test der Hypothesen darstellt, werden die Ergebnisse der FE-Modelle im Anhang aufgeführt und mögliche Unterschiede zu den RE-Modellen diskutiert.

Ein grundsätzliches Problem bei der Analyse von Zusammenhängen auf der Makro-Ebene besteht in dem Vorhandensein von sogenannten statistischen Ausreißern (Outlier). Dabei handelt es sich um Beobachtungen, welche außergewöhnliche Kombinationen der beteiligten Variablen aufweisen. Diese können insbesondere bei lediglich geringen Fallzahlen die Regressionsergebnisse stark beeinflussen. Entsprechend

kommt der Berücksichtigung bzw. der Identifikation derartiger Ausreißer eine große Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang häufig Verwendung finden beispielsweise das Cook's D oder grafische Verfahren (Kohler und Kreuter 2005). Diese Verfahren eignen sich jedoch nur in Fällen, in denen eine einzelne Beobachtung als problematisch erscheint. Aus diesem Grund soll, ähnlich wie bei Alderson und Nielsen (2002) sowie Nollman (2006), ein neuerer Algorithmus verwendet werden, welcher auch bei Vorhandensein multivariater Ausreißer angemessen ist (Hadi 1992). Im Folgenden werden drei separate Analysen durchgeführt: Zunächst wird die Studie von Beckfield (2006) repliziert. Im Anschluss daran wird überprüft, welche Effekte die Globalisierungsvariablen auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit ausüben. Schließlich werden beide Variablenkomplexe in ein gemeinsames Modell aufgenommen. Da sich die drei Modelle aufgrund der Verfügbarkeit von Daten bezüglich ihrer Fallzahlen sowie beinhaltenden Variablen unterscheiden und deren Ergebnisse daher nicht unmittelbar untereinander vergleichbar sind, wird der Hadi-Outlier-Test separat für jedes einzelne Modell durchgeführt und die signifikanten Ausreißer von der Berechnung ausgeschlossen.⁵

4. Empirische Überprüfung

Nachdem im letzten Kapitel auf die Operationalisierungen sowie die verwendeten Methoden eingegangen wurde, sollen die in *Kapitel 2* formulierten Hypothesen empirisch überprüft werden. Dazu wird wie folgt vorgegangen. Zunächst werden die Hypothesen, einerseits hinsichtlich des Einflusses der Europäisierung und andererseits hinsichtlich des Einflusses der Globalisierung auf Einkommensungleichheiten zunächst getrennt voneinander überprüft. In einem nächsten Schritt werden beide Variablengruppen zusammen in ein Modell aufgenommen, um zu überprüfen, ob und ggf. wie sich die Effekte gegenseitig beeinflussen. Sämtliche Modelle werden unter Verwendung einer Reihe von Kontrollvariablen (siehe insbes. *Kapitel 2.3*) geschätzt.

4.1 Europäisierung von Einkommensungleichheit

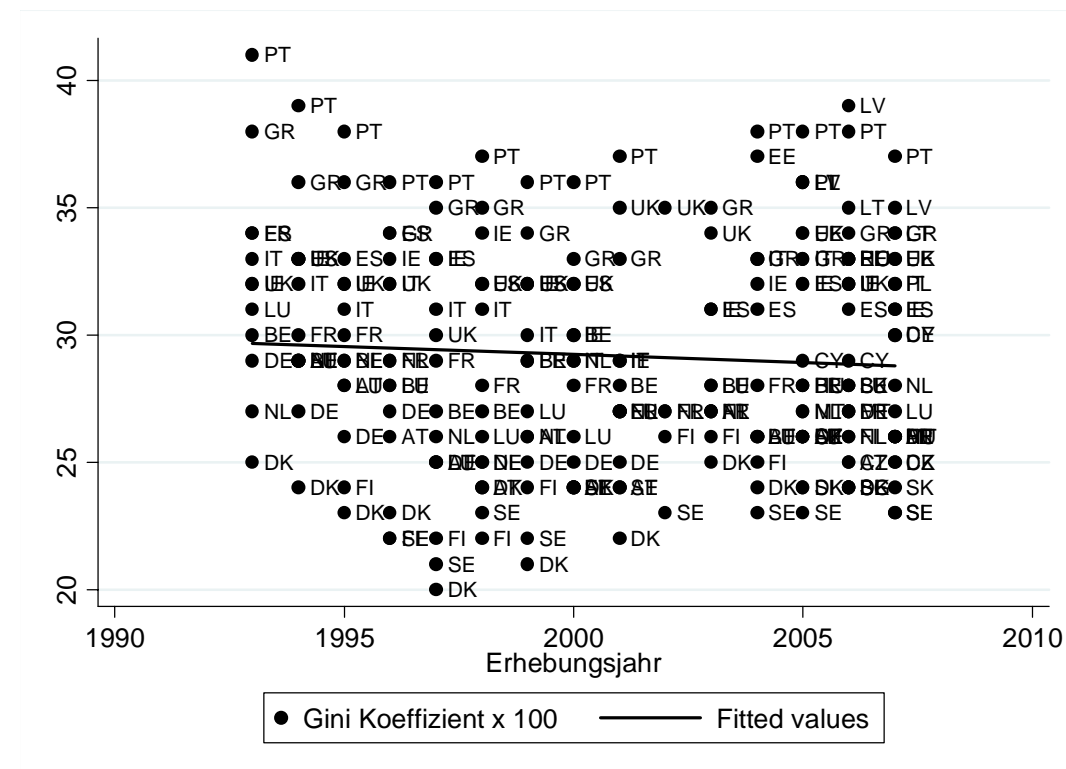
In *Tabelle 1* ist die Entwicklung der Einkommensungleichheit (gemessen am Gini-Koeffizient $\times 100$) für den Zeitraum 1993-2007 für die EU-Mitgliedsstaaten dargestellt. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, hat die Einkommensungleichheit in dem betrachteten Zeitraum in den EU-Ländern tendenziell abgenommen. Dies bedeutet, dass wir es im Gegenteil zu dem Sample von Beckfield für den Zeitraum (1973-1997) mit einer Abnahme von Einkommensungleichheit zu tun haben. Die Forschungsfrage kann daher nicht mehr – wie bei Beckfield – lauten, welchen Beitrag Europäische Integration für die Zunahme der Ungleichheit in dem betrachteten Zeitraum geleistet hat, sondern vielmehr, welchen Effekt diese auf die beobachtete Abnahme besitzt.

⁵ Der Jahres-Indikator wurde von dem Test ausgelassen, da dieser nicht die Annahme der multivariaten Normalität erfüllt.

Der Umstand, dass wir es tendenziell mit einer Abnahme von Einkommensungleichheit zu tun haben, sagt dabei nur wenig über die Entwicklung in einzelnen Ländern aus. So hat, wie eingangs erwähnt, die Ungleichheit in Deutschland in dem betrachteten Zeitraum zugenommen. Jedoch wird deutlich, dass Aussagen über die Entwicklung von (Einkommens-)Ungleichheiten stets von dem jeweils betrachteten Zeitraum bzw. der Länder abhängig sind.

Tabelle 1: Ungleichheitstrend in den Mitgliedsländern der EU

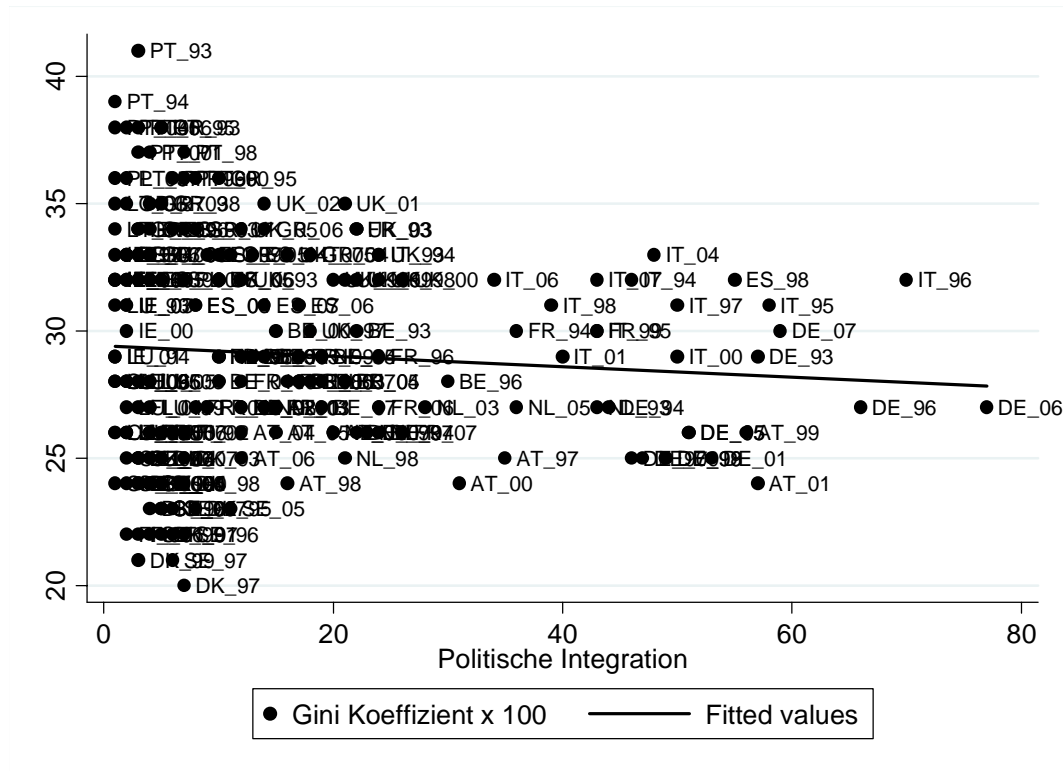
Streudiagramm der zeitlichen Entwicklung der Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007 (Länderkürzel nach ISO)



Aus *Tabelle 2* ist der Zusammenhang zwischen Politischer Integration und der Entwicklung der Einkommensungleichheit erkennbar. Im Gegensatz zu dem Argument, politische Integration führe zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit sowie den Befunden von Beckfield (2006) wird dies auf deskriptiver Ebene nicht bestätigt. Vielmehr ist eine negative Assoziation abzulesen.

Tabelle 2: Politische Integration und Einkommensungleichheit

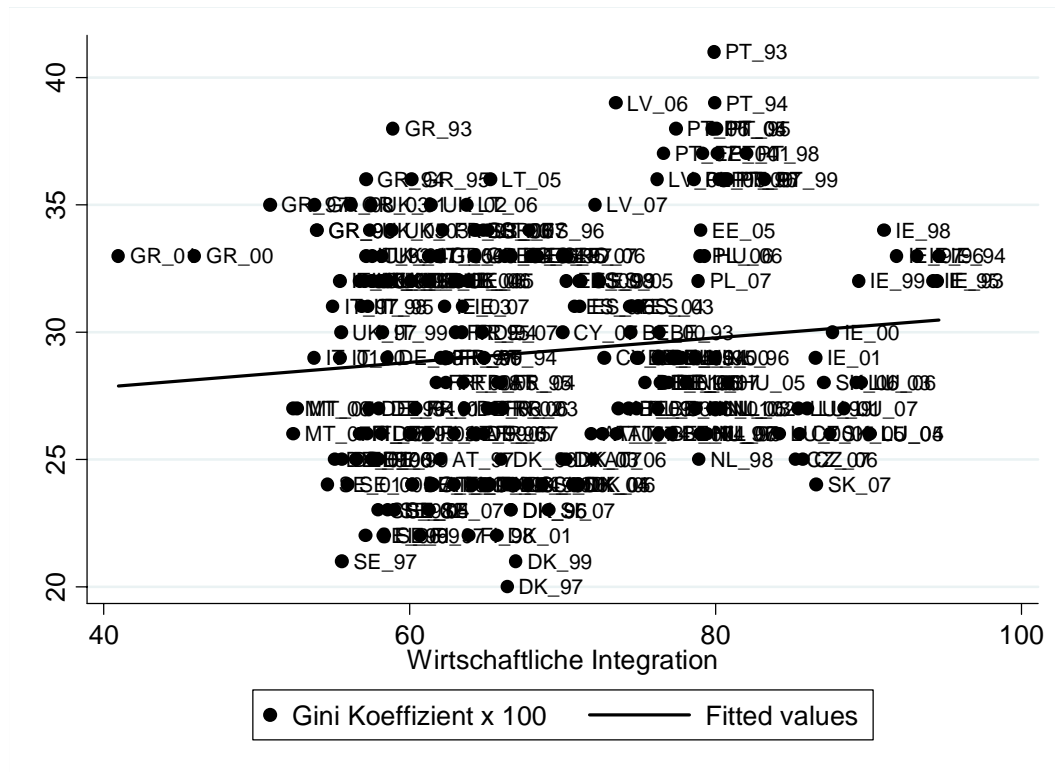
Streudiagramm des Zusammenhangs zwischen Politischer Integration und Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007 (Länderkürzel nach ISO und Referenzjahr)



Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftlicher Integration und der Entwicklung von Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedsstaaten wird auf bivariater Ebene der positive Zusammenhang bestätigt (Tabelle 3). Es stellt sich nun die Frage, ob dieser Zusammenhang auch in einer multivariaten Analyse bestätigt werden kann.

Tabelle 3: Wirtschaftliche Integration und Einkommensungleichheit

Streudiagramm des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftlicher Integration und Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007 (Länderkürzel nach ISO und Referenzjahr)



In *Tabelle 4* sind die Ergebnisse von 3 RE-Modellen auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007 unter Kontrolle verschiedener Kovariaten dargestellt.⁶ *Modell 1* beinhaltet lediglich das Erhebungsjahr als unabhängige Variable, um ein Grundmodell zu erhalten. Das negative Vorzeichen des Koeffizienten unterstreicht, dass in dem betrachteten Zeitraum ein Rückgang der Einkommensungleichheit zu beobachten war. In *Modell 2* wird die Variable *Politische Integration* in das Modell einbezogen. Wie sich zeigt, kann die Hypothese, Politische Integration führe zu einer „Beschneidung“ des Wohlfahrtsstaates und somit zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit, nicht bestätigt werden. Dieses Ergebnis steht im Kontrast zu den Befunden von Beckfield, welcher einen signifikant positiven Effekt aufweist. Dieser Kontrast wird dadurch verstärkt, dass das negative Vorzeichen der Variable tendenziell auf einen ungleichheitsverringenden Effekt hindeutet. Diese Tendenz bleibt auch bestehen, werden – wie bei Beckfield – nur die „alten“ Mitgliedsstaaten berücksichtigt. In *Modell 3* wird zusätzlich um die Effekte Wirtschaftlicher In-

⁶ Der Outlier-Test nach Hadi lieferte keine (auf dem 5%-Niveau) signifikanten Ergebnisse, weswegen alle Fälle in dem Modell berücksichtigt wurden.

tegration kontrolliert. Neben der Variable *Wirtschaftliche Integration* wurde im Anschluss an Beckfield ein quadrierter Term der Variable in das Modell aufgenommen, um die Vermutung zu testen, dass der negative Effekt Wirtschaftlicher Integration auf Ungleichheit in besonders stark in den Europäischen Binnenmarkt integrierten Ländern abnimmt. Wie aus *Modell 3* ersichtlich ist, werden beide Hypothesen – ähnlich wie bei Beckfield – bestätigt. Während Wirtschaftliche Integration einen statistisch signifikanten positiven Effekt auf die Einkommensungleichheit aufweist, besitzt der Koeffizient des quadrierten Terms ein negatives Vorzeichen. Dies deutet darauf hin, dass die Einkommensungleichheit in besonders stark in den Europäischen Binnenmarkt integrierten Ländern nicht durch den EU-Intra-Handel verschärft wird. Ein nicht-linearer Zusammenhang zwischen ökonomischer Offenheit und Ungleichheit wurde auch an anderer Stelle aufgezeigt (Begg et al. 2008). So argumentieren etwa Dollar und Kraay (2002), dass wirtschaftliche Offenheit zu signifikant höheren Wachstumsraten und somit zu einem überproportionalen Anstieg der Einkommen von Personen mit geringeren Einkommen führen. Weder die Effektstärke noch die Signifikanz der Variable *Politische Integration* verändern sich bei Berücksichtigung der *Wirtschaftlichen Integration*.

Tabelle 4: Europäisierung von Einkommensungleichheit I

Random-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 1</i>	<i>Modell 2</i>	<i>Modell 3</i>
Politische Integration		-0.0170 (0.0128)	-0.0172 (0.0127)
Wirtschaftliche Integration			0.351** (0.174)
Wirtschaftliche Integration (quadriert)			-0.00228* (0.00121)
Jahr	-0.0489* (0.0250)	-0.0509** (0.0250)	-0.0677*** (0.0260)
Konstante	127.1** (50.13)	131.4*** (50.03)	151.9*** (50.46)
R²	0.0210	0.0293	0.0552

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=203

Kontrolliert wurde um die prozentualen Beschäftigungsraten im Industrie- sowie im Agrarsektor, die Anzahl der Erwerbspersonen, die Erwerbsquote von Frauen, die Höhe der staatlichen Sozialausgaben sowie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Ebenso wurde eine Dummy-Variable für die neuen EU-Mitgliedsländer miteinbezogen. Auch wurde eine Dummy-Variable für den Zeitraum 2001-2003 einbezogen, um für den Wechsel in der Datengrundlage zu kontrollieren. Aufgrund mangelnder Daten konnte leider nicht um die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder in einem Land

kontrolliert werden. Bei der Kontrolle zeigt sich, dass die Europäisierungsvariablen hinsichtlich ihrer Signifikanz sowie ihrer Vorzeichen robust sind. Unter den Kontrollvariablen ist lediglich der Prozentanteil der Beschäftigten im Agrarsektor signifikant. Allerdings steht das positive Vorzeichen im Widerspruch zu der Hypothese, ein hoher Beschäftigungsgrad in diesem Sektor würde aufgrund der relativen Gleichverteilung der Löhne Einkommensungleichheit verringern. Schließlich haben wir überprüft, ob die Höhe der jährlichen Zuweisungen aus den EU-Strukturfonds einen Einfluss auf die Ungleichheit besitzt. Jedoch ist diese Variable nicht signifikant. Wie die Ergebnisse der FE-Modelle (s. *Anhang*) zeigen, sind die Ergebnisse robust.

Nachdem in diesem Abschnitt die Studie von Beckfield repliziert wurde bzw. die Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Entwicklung von Einkommensungleichheiten überprüft wurden, sollen im folgenden Abschnitt die Auswirkungen der Globalisierung getestet werden.

4.1.1 Globalisierung von Einkommensungleichheit

Ähnlich wie im vorigen Kapitel wird zur Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Globalisierung und Einkommensungleichheit zunächst ein Basis-Modell geschätzt, welches lediglich das Erhebungsjahr als unabhängige Variable enthält.⁷ Es ist zu erwähnen, dass sich die Fallzahl aufgrund fehlender Daten im Vergleich zum vorigen Kapitel verringert. Wie aus *Modell 4* abzulesen ist, weist der Koeffizient der Variable „Jahr“ ein negatives Vorzeichen auf. In *Modell 5* wurden die Variablen *Südhandel*, *Migration* sowie der *Abfluss von DI ins Ausland* einbezogen. Dabei zeigt sich, dass die Variable *Südhandel* einen deutlich signifikanten Effekt besitzt. Entsprechend den theoretischen Annahmen, deutet das positive Vorzeichen der Variable *Südhandel* darauf hin, dass eine Ausweitung des Handels mit Nicht-OECD-Staaten mit einem Anstieg der Einkommensungleichheit in einem Land zusammenhängt. Der *Abfluss von DI ins Ausland* sowie die *Migration* weisen, anders als in dem Sample von Alderson und Nielsen (2002) keine signifikanten Effekte auf. Bezüglich der Variablen *Abfluss von DI ins Ausland* sowie die *Migration* ließe sich das Argument anführen, dass diese sowohl den Prozess der Europäisierung als auch den der Globalisierung abbilden können. Um dies zu überprüfen, haben wir die Variable *Abfluss von DI ins Ausland* in *Abflüsse ins Ausland allgemein* sowie *Abflüsse ins EU-Ausland* aufgeteilt und zusammen in das Modell aufgenommen (*Modell 6*). Allerdings ist keine der beiden Variablen signifikant. Aufgrund fehlender Datengrundlage war eine Differenzierung der Variable *Migration* leider nicht möglich.

⁷ Aufgrund statistisch signifikanter Ergebnisse des Hadi-Outlier-Tests wurden die folgenden 17 Beobachtungen von der Analyse ausgeschlossen: Belgien (2004-06), Tschechische Republik (2006), Spanien (2003-06), Ungarn (2006-06), Irland (2005-06), Luxemburg (2003-06) sowie Slowakei (2006).

Tabelle 5: Globalisierung von Einkommensungleichheit I

Random-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 4</i>	<i>Modell 5</i>	<i>Modell 6</i>
Südhandel		0.0000382** (0.0000189)	0.000041** (0.0000193)
Migration		0.101 (0.0942)	0.0969 (0.0947)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Total)		458.8 (169.4)	778.3 (338.3)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Europa)			532.6 (494.8)
Jahr	-0.0401 (0.0376)	-0.0848 (0.0569)	-0.0944 (0.0581)
Konstante	109.1 (75.09)	197.8* (113.3)	216.9* (115.7)
R²	0.0119	0.1217	0.1337

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=118

Ähnlich wie die voranstehenden Modell wurden die beiden *Modelle 5-6* unter Kontrolle des BIP's pro Kopf, der Höhe der Sozialausgaben, dem Prozentanteil der Beschäftigten im Landwirtschafts- sowie Industriesektor, der Anzahl der Erwerbspersonen als auch der Beschäftigungsquote von Frauen geschätzt. Die Koeffizienten-Vorzeichen sowie die Signifikanzniveaus der Globalisierungsvariablen bleiben trotz Kontrolle unverändert, was die Robustheit der Ergebnisse untermauert. Bezüglich der Kontrollvariablen zeichnet sich folgendes Bild ab: So sind das BIP pro Kopf, die Höhe der staatlichen Sozialausgaben – gemäß den Erwartungen – mit geringeren Einkommensungleichheiten assoziiert. Die Kontrolle um verschiedene Ländergruppen sowie um den Wechsel in der Datengrundlage (ECHIP-Übergang-EU-SILC) führte nicht zu einer nennenswerten Veränderung der zentralen unabhängigen Variablen. Die Ergebnisse der FE-Modelle (s. *Anhang*) bestätigen die Robustheit der Ergebnisse.

4.1.2 Europäisierung oder Globalisierung von Einkommensungleichheit

Nachdem in den beiden voranstehenden Kapitel die Effekte der Europäisierung einerseits sowie andererseits der Globalisierung auf Einkommensungleichheiten in den Ländern der EU untersucht wurden, soll nun untersucht werden, ob und wie sich beide Prozesse gegenseitig bedingen. Entsprechend werden beide Variablenkomplexe zusammen in ein Modell aufgenommen. In Analogie zu den beiden voran-

stehenden Kapiteln wird zunächst ein Ausgangsmodell geschätzt (*Modell 7*) und im Anschluss weitere unabhängigen Variablen einbezogen.⁸

Wie aus den *Modellen 8-9* abzulesen ist, bleiben die Europäisierungsvariablen bezüglich ihrer Signifikanz und Vorzeichen nahezu unverändert. So ist die Variable *Politische Integration* weiterhin nicht signifikant und auch das Vorzeichen ändert sich nicht. Auch der Effekt der Variable *Wirtschaftliche Integration* bzw. des quadrierten Terms erscheint robust. Bezüglich der Globalisierungsvariablen führt die gleichzeitige Berücksichtigung der Europäisierungsvariablen zu folgenden Veränderungen. So weist die Variable *Südhandel* entgegen den Modellen im voranstehenden Kapitel keine Signifikanz auf. Hingegen scheint es, als sei eine höhere Migrationsrate entsprechend den theoretischen Annahmen mit einer Vergrößerung der Einkommensungleichheiten assoziiert. Der *Abfluss von DI ins Ausland* weist, ähnlich wie in den voranstehenden Modellen, keine signifikanten Effekte auf. Gleichwohl deutet das positive Vorzeichen tendenziell auf einen ungleichheitsverstärkenden Effekt hin. Allgemein ist die Erklärungskraft des Modells mit rund 25% Varianzaufklärung recht hoch.

⁸ Aufgrund statistisch signifikanter Ergebnisse des Hadi-Outlier-Tests wurden die folgenden Beobachtungen von der Analyse ausgeschlossen: Belgien (2003-06), Tschechien (2005-06), Dänemark (2000 u. 2004), Spanien (2003-06), Finnland (1998 u. 2000), Ungarn (2005-06), Irland (2004-06), Luxemburg (2003-06), Slowakei (2006) sowie Vereinigtes Königreich (2000).

Tabelle 6: Europäisierung oder Globalisierung von Einkommensungleichheit I

Random-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 7</i>	<i>Modell 8</i>	<i>Modell 9</i>
Politische Integration		-0.0171 (0.0128)	-0.0170 (0.0131)
Wirtschaftliche Integration		1.204** (0.483)	1.181** (0.498)
Wirtschaftliche Integration (quadriert)		-0.00856** (0.00351)	-0.00832** (0.00362)
Südhandel		0.0000197 (0.0000148)	0.0000123 (0.0000192)
Migration		0.197** (0.0934)	0.200** (0.0959)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Total)		0.976 (0.226)	0.920 (0.437)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Europa)			0.108 (0.430)
Jahr	-0.0309 (0.0377)	0.00169 (0.0639)	0.0138 (0.0663)
Konstante	90.76 (75.41)	-23.43 (126.1)	-47.40 (131.7)
R²	0.0071	0.2585	0.2553

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=115

Ähnlich wie die voranstehenden Modelle wurden die beiden *Modelle 8-9* unter Kontrolle des BIP's pro Kopf, der Höhe der Sozialausgaben, dem Prozentanteil der Beschäftigten im Landwirtschafts- sowie Industriesektor, der Anzahl der Erwerbspersonen als auch der Beschäftigungsquote von Frauen geschätzt. Jedoch bleiben die Koeffizienten der hier dargestellten unabhängigen Variablen konstant. Auch eine Kontrolle um die Gruppe der NMS sowie den Wechsel in der Datenbasis führte nicht zu einer nennenswerten Veränderung der Ergebnisse. Auch die Ergebnisse der FE-Modelle (s. *Anhang*) bestätigen die Robustheit zusätzlich.

Da die Koeffizienten der RE- bzw. FE-Modelle keinen Aufschluss über die Stärke der Effekte geben, wurden im Anschluss an Alderson und Nielsen (2002) eine Reihe von Koeffizienten berechnet (*Tabelle 7*), welche eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse ermöglichen sollen (siehe Legende für eine detaillierte Beschreibung). Dabei wurden lediglich die beiden Variablen berücksichtigt, welche in den *Modellen 8* bzw. *9* signifikante Ergebnisse aufwiesen. Der *standardisierte Regressionskoeffizient* gibt an, um wie viele Standardabweichungen sich die abhängige Variable (Gini-Koeff x 100) bei einer Veränderung der unabhängigen Variablen um eine Standardabweichung verändert

(angegeben in Standardabweichungen der abhängigen Variablen). Der *semi-standardisierte Koeffizient* bildet dabei die Veränderung der abhängigen Variablen anhand des ursprünglichen Skalenniveaus der abhängigen Variablen ab. Wie aus *Tabelle 7* zu erkennen ist, überwiegt der Effekt der Wirtschaftlichen Integration den der Migration um ein Vielfaches. So ist eine Veränderung der *Wirtschaftlichen Integration* um eine Standardabweichung mit einem Anstieg des Gini-Koeffizienten um 2.984 Standardabweichungen bzw. 12.9 „Gini-Punkte“ assoziiert, was einem sehr starken Effekt gleichkäme. Um abschätzen zu können, wie sehr eine Variable die Einkommensungleichheit in einem Land über den gesamten Zeitraum beeinflusst hat, wird schließlich der *maximale Einfluss über die Zeit berechnet*. Dieser bildet sich aus dem Wert des unstandardisierten Regressionskoeffizienten multipliziert mit der durchschnittlichen inner-staatlichen Reichweite der unabhängigen Variable. Wie sich zeigt, ist der maximale Effekt der Wirtschaftlichen Integration ebenfalls weitaus stärker als der Effekt der Migration.

Tabelle 7: Vergleich der Effektstärken

Vergleichende Effektstärken der signifikanten Variablen aus Modell 8-9

<i>Variable</i>	<i>Standardisierter Koeff.*</i>	<i>Semi-Standardisierter Koeff.†</i>	<i>Maximaler Einfluss über die Zeit§</i>
Wirtschaftliche Integration	2.984	12.90	9.378
Migration	0.155	0.671	0.967

* Unstandardisierter Regressionskoeffizient multipliziert mit der Sample-Standardabweichung der unabhängigen Variable X, dividiert durch die Standardabweichung der abhängigen Variable Y. Dies gibt die Veränderung von Y in Abhängigkeit einer Veränderung von X um eine Standardabweichung an.

† Unstandardisierter Regressionskoeffizient multipliziert mit der Sample-Standardabweichung der unabhängigen Variable X. Dies gibt die Veränderung von Y in Abhängigkeit von einer Veränderung von X (um eine Standardabweichung) in ursprünglichen Einheiten von Y an.

§ Unstandardisierter Regressionskoeffizient multipliziert mit der durchschnittlichen Reichweite von X innerhalb der Länder. Dies gibt den maximalen zeitlichen Einfluss von X auf Y in einem Land an.

5. Diskussion

Dem Thema Einkommensungleichheiten wurde in jüngster Zeit eine große Aufmerksamkeit sowohl im politischen Diskurs als auch in der Forschung zuteil. Vor allem in den Medien wurde in diesem Zusammenhang darüber berichtet, dass man in den westlichen Industrieländern eine wachsende (Einkommens-)Ungleichheit beobachten könne. Als Gründe für den (augenscheinlichen) Anstieg der Ungleichheiten wird immer wieder auch der Prozess der Globalisierung angeführt, was wiederum häufig zu politischen Forderungen nach mehr Protektionismus führt. Dabei lassen sich theoretisch zahlreiche Annahmen begründen, warum Globalisierung mit einem Anstieg von Einkommensungleichheiten assoziiert sein sollte (siehe *Kapitel 2.2*). Empirisch wurde dieser Zusammenhang von den beiden amerikanischen Soziologen Arthur Alderson und François Nielsen (2002) in einer vielbeachteten Studie nachgewiesen. Weitaus weniger Beachtung wurde hingegen einem anderen Prozess wirtschaftlicher Integration geschenkt; dem der Europäischen Integration. Eine Ausnahme bildet die Studie von Jason Beckfield (2006), in welcher der Autor auf Grundlage von Daten für die Jahre 1973-1997 einen positiven, d.h. ungleichheitsvergrößernden, Effekt sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Europäisierung nachweist. Dieses Ergebnis besitzt weitreichende politische Implikationen, würde es doch bedeuten, dass der stattfindende Prozess wirtschaftlicher Angleichung zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsländern mit dem Preis sich verschärfender Ungleichheiten innerhalb dieser Länder „erkauft“ würde. Ein derartig weitreichendes Ergebnis bedarf nach der Meinung des Autors einer Überprüfung, weswegen es das Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit war, die Studie Beckfield's einerseits zu replizieren und andererseits einer kritischen Prüfung zu hinterziehen. Dazu wurde auf Einkommensangaben aus dem *Europäischen Haushaltspanel* (ECHP) sowie die *Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen* (EU-SILC) zurückgegriffen, was die Berücksichtigung eines Zeitraums von 1993 bis 2007 ermöglichte. Jedoch handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht um eine bloße Replikationsstudie. Vielmehr wurde versucht, die theoretischen Annahmen hinsichtlich des Prozesses der Globalisierung sowie der Europäisierung zu verknüpfen und schließlich deren Zusammenhang empirisch zu überprüfen.

Die empirischen Ergebnisse zeigen dabei ein differenziertes Bild auf. So muss darauf hingewiesen werden, dass – im Gegensatz zu dem Sample von Beckfield (2006) als auch Alderson und Nielsen (2002) – man in dem Zeitraum 1993 bis 2007 tendenziell eine Verringerung der Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizient beobachten kann. So ist lediglich in sieben EU-Ländern ein Anstieg des Gini-Koeffizienten in dem Zeitraum 1993-2007 zu verzeichnen.⁹ Dies mag vor allem durch die günstige konjunkturelle Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre erklärt werden.

⁹ Berechnet als Differenz zwischen dem Gini-Koeffizienten des Jahres 2007 und dem frühesten verfügbaren Wert in dem Zeitraum 1993-2007.

Für die empirische Analyse bedeutet dies, dass ein unterschiedlicher gesamtwirtschaftlicher Kontext vorliegt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zusätzlich erschwert. Dieser Umstand mag auch zur Erklärung dafür beitragen, warum in der vorliegenden Studie kein signifikanter Effekt politischer Europäisierung auf die Entwicklung von Einkommensungleichheiten nachgewiesen werden konnte.¹⁰ Vielmehr deutet das negative Koeffizientenvorzeichen dieser Variable darauf hin, dass Politische Integration in dem Zeitraum 1993-2007 tendenziell eher mit einer Verringerung der Ungleichheit assoziiert ist. Dieses Ergebnis untermauert die Kritik an der These, die Politische Integration im Rahmen der EU führe zu einem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Programme. Bezüglich des Effekts Wirtschaftlicher Integration im Rahmen des europäischen Binnenmarktes wurden die Ergebnisse Beckfield's bestätigt. Entsprechend scheinen sowohl die Höhe als auch ein Anstieg des Handels mit anderen EU-Staaten mit einer Verschärfung der Ungleichheit zusammen zu hängen, wobei sich dieser Effekt besonders stark bei in den EU-Binnenmarkt integrierten Ländern umkehrt, da diese überproportional von der Verflechtung in den Gemeinsamen Markt profitieren. Bezüglich der Effekte der Globalisierung wurden die Ergebnisse Alderson's und Nielsen's lediglich hinsichtlich der Auswirkung des Südhandels bestätigt, wohingegen weder die Migrationsrate noch der Abfluss von DI ins Ausland mit einer Veränderung der Einkommensungleichheit zusammenhängen zu scheinen. Werden beide Variablenkomplexe zusammen in ein Modell aufgenommen, so zeigt sich, dass die Ergebnisse bzgl. der Europäisierungsvariablen konstant bleiben. Die Tatsache, dass Wirtschaftliche Integration in den EU-Binnenmarkt auch bei gleichzeitiger Kontrolle um Globalisierung einen signifikanten Einfluss auf Ungleichheit besitzt, impliziert, dass regionale Integration einen eigenständigen Effekt besitzt. Es scheint dabei nicht der Fall zu sein, als würde regionale Integration die Auswirkungen der Globalisierung verstärken, da weder der Abfluss von DI ins Nicht-EU-Ausland noch der Südhandel signifikante Ergebnisse aufweisen. Vielmehr ließe sich das Argument anführen, regionale Integration schwächt den Effekt der Globalisierung dahingehend ab, als dass der Effekt des Südhandels nicht mehr signifikant erscheint. Problematisch ist die Interpretation der Migrationsrate, da diese sowohl Migration aus dem europäischen Ausland sowie aus dem außereuropäischen Ausland beinhaltet.¹¹

Davon unabhängig scheint es, als sei der Effekt der Wirtschaftlichen Integration sowohl bei der Kontrolle um die Auswirkungen der Globalisierung als auch um zahlreiche weitere Indikatoren robust. Auch scheint der Effekt durchaus stark zu sein. Die politische Interpretation dieses Ergebnisses mag jedoch äußerst ambivalent erscheinen. Einerseits ließe sich Verfechten einer „Festung Europa“ entgegenhalten,

¹⁰ Dies ist ebenfalls nicht der Fall, werden nur die „alten“ Mitgliedsstaaten berücksichtigt.

¹¹ Eine differenziertere Analyse, welche diesen Umstand berücksichtigt, wäre eine wünschenswerte Erweiterung der vorliegenden Studie.

dass der Prozess Wirtschaftlicher Integration auch bei mehr Protektionismus zu einer Verstärkung des Wettbewerbs und damit verbunden einer Vergrößerung von Ungleichheiten führt. Andererseits könnten Kritiker des EU-Binnenmarktes auf eben diese „negativen“ Effekte verweisen. Dem ließe sich, auf Grundlage der Ergebnisse dieser Analyse, gleichwohl erwidern, dass eine verstärkte bzw. besonders starke Integration in den Binnenmarkt zu einer Umkehrung des Effekts führt.

Zwar lautet das zentrale Ergebnis dieser Studie, dass Wirtschaftliche Integration im Zuge des Gemeinsamen Marktes einen nicht zu verachtenden Effekt auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit innerhalb der EU-Länder besitzt (und dies unabhängig von der Globalisierung). Gleichwohl muss an dieser Stelle auf die Beschränkungen der Studie hingewiesen werden. Ein Hauptproblem, mit welchem die große Mehrzahl der makro-vergleichenden Studien behaftet ist, ist das der geringen Fallzahl. Dies führt dazu, dass eine Vielzahl statistischer Tests nicht verwendet werden kann und Ausreißer das Ergebnis stark beeinflussen können. Auch wenn dieses Problem nicht grundsätzlich beseitigt werden konnte, wurde versucht, unter Verwendung von Outlier-Test sowie der Berechnung von FE- sowie RE-Effects-Modellen die Robustheit der Ergebnisse nach Möglichkeit zu überprüfen. Eng mit dieser Problematik verbunden ist die Entscheidung hinsichtlich der Datengrundlage sowie des Zeitraums. Die Wahl des Zeitraums für die vorliegende Studie (1993-2007) basierte dabei vor allem auf dem Anliegen, die Studie von Jason Beckfield (2006) unter Berücksichtigung eines jüngeren Zeitraums zu überprüfen und somit anschlussfähig zu machen. Kritisch begutachtet werden kann sicherlich die Operationalisierung des politischen Integrationsprozesses Anhand der sogenannten Vorabentscheidungsverfahren. Allerdings folgt die Operationalisierung durchaus einer inhaltlichen Logik, da der Rekurs nationaler Gerichte an den EuGH als Transfer von Kompetenz an die „europäische Ebene“ verstanden werden kann und sogleich im Zeitverlauf sowie zwischen den Ländern eine große Streuung aufweist, insofern „sensitiv“ ist. Auch scheint die Verwendung anderer Indikatoren, etwa die Länge der Mitgliedschaft eines Landes oder die Umsetzung von Richtlinien in nationales Gesetz, mit größeren Problemen behaftet sein, wobei die Erarbeitung eines geeigneten Indikators für die Messung Politischer Integration sicherlich eine wichtige Aufgabe für die zukünftige Europaforschung ist. Letzteres gilt insbesondere auch für eine angemessene Berücksichtigung des Zusammenhangs von inner- sowie zwischenstaatlichen Ungleichheiten sowie der neuen EU-Mitgliedsländer in zukünftigen Arbeiten.

Literatur

- Alderson, Arthur S., und Francois Nielsen, 2002: Globalization and the Great -Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries. *American Journal of Sociology* 107: S. 1244-1299.
- Atkinson, Anthony, B., 2003: Income Inequalities in OECD Countries: Data and Explanations. CESinfo Working Paper No. 881: S.
- Beck W., L. Van Der Maesen und A. Walker (Hg.), 1997: The social quality of Europe. The Hague: Kluwer Law International.
- Beckfield, Jason, 2006: European Integration and Income Inequality. *American Sociological Review* 71: S. 964-985.
- Begg, Iain, Juraj Draxler und Jørgen Mortensen, 2008: Is Social Europe Fit for Globalisation? A study of the social impact of globalisation in the European Union. Brussels. European Commission.
- Benner, Thorsten, 1998: Die soziale Dimension der europäischen Integration Redistributive und sozialregulative Politik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Siegen: Universität-GH Siegen.
- Beyeler, Michelle, 2001: Globalization, Europeanization and Domestic Welfare State Reforms: New Institutional Concepts. *Global Social Policy*: S. 153-171.
- Bhagwati, Jagdish, 1994: Free Trade: Old and New Challenges. *Economic Journal* 104: S. 231-246.
- Boix, Carles, 1998: Political Parties, Growth, and Equality: Conservative and Social Democratic Economic Strategies in the World Economy. New York: Cambridge University Press.
- Borjas, George J. (Hg.), 2000: Issues in the Economics of Immigration. Chicago: University of Chicago Press.
- Chase-Dunn, Christopher, 1999: Globalization: A World System Perspective. *Journal of World-Systems Research*: S. 187-215.
- Checchi, Daniele, Jelle Visser und Herman Van De Werfhorst, 2007: Union decline and rising inequality - is there a connection? EqualSoc Network of Excellence, Research group Trust, Associations and Legitimacy, State-of-the-Art Report.
- Cline, William R., 1997: Trade and Income Distribution. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Daugbjerg, Carsten, und Alan Swinbank, 2007: The Politics of CAP Reform: Trade Negotiations, Institutional Settings and Blame Avoidance. *JCMS: Journal of Common Market Studies* 45: S. 1-22.
- Dermot, Hodson, und Maher Imelda, 2001: The Open Method as a New Mode of Governance: The Case of Soft Economic Policy Co-ordination. *Journal of Common Market Studies* 39: S. 719-746. <http://dx.doi.org/10.1111/1468-5965.00328>
- Dollar, D., und A. Kraay, 2002: Spreading the wealth. *Foreign Affairs* 81: S. 120-133.
- Enderwick, Peter, 1985: Multinational Business and Labour. New York: St. Martin's Press.
- Esping-Andersen, Gøran 1990: Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Fligstein, Neil und Alec Stone Sweet, 2001: Institutionalizing the Treaty of Rome. Pp. 29-55 in *The Institutionalization of Europe*, edited by Alec Stone Sweet, Wayne Sandholtz, and Neil Fligstein. Oxford: Oxford University Press.
- Freeman, Richard. 1993. "How Much Has Deunionisation Contributed to the Rise in Male Earnings Inequality?" Pp. 133-63 in *Uneven Tides: Rising Inequality in America*, edited by Sheldon Danziger and Peter Gottschalk. New York: Russell Sage Foundation.
- Gohr, Antonia, 2001: Der italienische Wohlfahrtsstaat: Entwicklungen, Probleme und die europäische Herausforderung. S. 143-170 in: Kraus, Katrin, und Thomas Geisen (Hg.), *Sozialstaat in Europa: Geschichte, Entwicklung, Perspektiven*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gross, D., und N. Thygesen, 1998: European Monetary Integration. New York: Longman.

- Guillen, Ana M., und Santiago Alvarez, 2004: The EU's Impact on the Spanish Welfare State: The Role of Cognitive Europeanization. *Journal of European Social Policy* 14: S. 285-299.
- Hadi, A. S., 1992: Identifying Multiple Outliers in Multivariate Data. *Journal of the Royal Statistical Society* 54: S. 761-771.
- Harrison, Bennet, und Barry Bluestone, 1988: *The Great U-Turn: Corporate Restructuring and the Polarization of America*. New York: Basic Books.
- Harrison, Bennet, und Barry Bluestone, 1998: *The Great U-Turn: Corporate Restructuring and the Polarization of America*. New York: Basic Books.
- Hausman, Jerry A., 1978: Specification Tests in Econometrics. *Econometrica* 46: S. 1251-1271.
- Hibbs, Douglas, 1987: *The Political Economy of Industrial Democracies*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Huber, Evelyne, und John D. Stephens, 2001: *Development and Crisis of the Welfare State*. Chicago: University of Chicago Press.
- Huizinga, Harry, 1990: Unions, Taxes, and the Structure of Multinational Enterprises. *Economics Letters* 34: S. 73-75.
- Ietto-Gillies, Grazia, 1992: *International Production: Trends, Theories, Effects*. Cambridge: Polity Press.
- Kenworthy, Lane, 1999: Do Social-Welfare Policies Reduce Poverty? A Cross-National Assessment. *Social Forces*: S. 1119-1140.
- Kohler, Ulrich, und Frauke Kreuter, 2005: *Datenanalyse mit Stata*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Korpi, Walter, 2003: Welfare State Regress in Western Europe: Politics, Institutions, Globalization, and Europeanization. *Annual Review of Sociology*: S. 589-609.
- Korpi, Walter, und Joakim Palme, 1998: The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries *American Sociological Review*: S. 661-688.
- Krugman, Paul, und Robert Z. Lawrence, 1993: Trade, Jobs, and Wages. Working Paper no. 4478. Washington, D.C.: National Bureau of Economic Research: S.
- Kvist, Jon, 2004: Does EU Enlargement Start a Race to the Bottom? Strategic Interaction among EU Member States in Social Policy. *Journal of European Social Policy* 14: S. 301.
- Lee, Eddy, 1996: Globalization and Employment: Is Anxiety Justified? *International Labour Review* 135: S. 485-497.
- Leibfried, Stephan, und Paul Pierson, 1998: Halbsouveräne Wohlfahrtsstaaten: Der Sozialstaat in der Europäischen Mehrebenen-Politik'. S. 58-99 in: Leibfried, Stephan , und Paul Pierson (Hg.), Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lindqvist, Cecilia, Lise-Lotte Wallenius und Sweden. Forskningsrådsnämnden., 2000: Globalization and its impact--on Chinese and Swedish society. Stockholm: Forskningsrådsnämnden.
- Majone, Giandomenico, 1993: The European Community Between Social Policy and Social Regulation. *Journal of Common Market Studies* 1: S. 153-170.
- Majone, Giandomenico, 1999: The regulatory state and its legitimacy problems. 22: S. 1.
- Messerlin, Patrick A., 1995: The Impact of Trade and Capital Movements on Labor: Evidence on the French Case. *OECD Economic Studies* 24: S. 89-124.
- Molina, Oscar, und Martin Rhodes, 2002: Corporatism: The Past, Present and Future of a Concept. *Annual Review of Political Science*: S. 305-331.
- Moravcsik, Andrew, 1993: *The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht* Ithaca: Cornell University Press.
- Nollmann, Gerd, 2006: Erhöht Globalisierung die Ungleichheit der Einkommen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58/2006: S. 638 - 659.
- Nye, Joseph S., 1968. "Comparative Regional Integration: Concept and Measurement." *International Organization* 22:855-80.

- O'Rourke, Kevin H., 2003: Heckscher-Ohlin Theory and Individual Attitudes Towards Globalization. paper presented at the Eli Heckscher Celebratory Symposium. Stockholm School of Economics.
- Oecd, 2008: Growing Unequal? - Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.
- Palier, Bruno, 2004: The Europeanisation of Welfare Reforms. Cost Conference.
- Pierson, Paul, 2002: Coping with Permanent Austerity: Welfare State Restructuring in Affluent Democracies. *Revue Francaise de Sociologie* 43: S. 369-406.
- Pitruzzello, Salvatore, 1997: Social Policy and the Implementation of the Maastricht Fiscal Convergence Criteria: The Italian and French Attempts at Welfare and Pension Reforms. *Social Research* 64: S.
- Rhodes, M., 1996: Globalization and West European welfare states: a critical review of recent debates. *Journal of European Social Policy*: S. 305-327.
- Scharpf, Fritz W. , 1994: Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 1996: Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States. S. 15-39 in: Marks, Gary ,Fritz W. Scharpf,Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck (Hg.). London: Sage.
- Schief, Sebastian, 2006: Korporatismus unter Druck? Zum Einfluss der Erweiterung der Europäischen Union auf die industriellen Beziehungen der Mitgliedsländer S. 181-195 in: Brinkmann, Ulrich ,Karoline Krenn und Sebastian Schief (Hg.), *Endspiel des Kooperativen Kapitalismus?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulz, Brigitte H., 2000: Globalisation, unification, and the German welfare state. 52: S. 39.
- Slaughter, Matthew, 1997: Per Capita Income Convergence and the Role of International Trade. *American Economic Review*: S. 194-199.
- Spiegel Online, 15. März 2007: Airbus Gewerkschaften: Offene Fehde zwischen Deutschen und Franzosen.
- Jenkins, Stephen, P., 1999: INEQDECO: Stata module to calculate inequality indices with decomposition by subgroup. Boston College Department of Economics.
- Streeck, Wolfgang 2004: Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit. Working Paper. Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung. 04/4: S.
- Streek, Wolfgang, und Philipp C. Schmitter, 1991: From National Coprporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market. *Politics and Society* 19: S. 133-164.
- Tridimas, George, und Takis Tridimas, 2004: National courts and the European Court of Justice: a public choice analysis of the preliminary reference procedure. *International Review of Law and Economics* 24: S. 125-145.
- Van Auken, Bill 2008: Weltweite Umfrage belegt wachsende Wut über soziale Ungleichheit. World Socialist Web Site, URL: <http://www.wsws.org/de/2008/mai2008/glei-m23.shtml>.
- Western, Bruce, 1997: Between Class and Market: Postwar Unionization in Capitalist Democracies. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Wood, Adrian, 1994: North-South Trade, Employment and Inequality. Oxford: Clarendon Press.
- Zohlnhöfer, Reimut, 2005: The Politics of Budget Consolidation in Britain and Germany: The Impact of Blame-Avoidance Strategies. Heidelberg University, Center for European Studies, Working Paper No. 05.2: S.

Anhang

Beschreibung der Variablen

Abhängige Variable	
Gini Koeffizient x 100	Gini – Koeffizienten, berechnet mit dem Stata-Befehl <i>ineqdeco</i> (Jenkins 1999) auf der Grundlage von Angaben über das <i>net disposable household income</i> für jedes Land und Jahr im Europäischen Haushaltspanel für die Jahre 1994-2001 und den EU Statistics on Income and Labour Conditions (EU SILC) für die Jahre 2004-2007. Für die Jahre 2001-2003 wurde auf Angaben der Eurostat-Online Datenbank zurückgegriffen.
Europäisierungsvariablen	
Politische Integration	Anzahl der Vorabentscheidungsverfahren gem. Art 234 EGV pro Land und Jahr. Quelle: Europäischer Gerichtshof (2008): Die Tätigkeit des Gerichts erster Instanz, S. 23, abrufbar unter: http://curia.europa.eu/en/instit/presentationfr/rapport/2008/ra08_en_cj_stat.pdf
Ökonomische Integration	Prozentualer Anteil des Exports in andere EU-Mitgliedsländer (Intrahandel) in Relation zum Handel mit Nicht-EU-Mitgliedsstaaten (Extrahandel). Quellen: Eurostat (2008): External and intra-European Union trade – Statistical yearbook – Data 1958-2006, Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities, S. 138-145, abrufbar unter: http://www.eds-destatis.de/de/publications/detail.php?th=6&k=1&dok=1284 Eurostat (2009): External and intra-European Union trade 2009 edition. Data 2002–07, Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities, abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CV-08-001/EN/KS-CV-08-001-EN.PDF

Globalisierungsvariablen

Migrationsrate	<p>Nettomigrationsrate (%)</p> <p>Quelle: <i>OECD.Stat – Demography and Population – Population and Vital Statistics</i>, abrufbar unter: http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx?usercontext=sourceoecd</p>
DI- Abfluss/Erwerbspersonen (log10)	<p>Abfluss von Direktinvestitionen ins Ausland gemessen in Millionen ECU/Euro und festen Preisen und auf das Erwerbspersonenpotential (Personen im Alter von 14-65 Jahren) bezogen. Schließlich wurde die Variable auf der Basis 10 logarithmiert.</p> <p>Quelle: Eurostat–Wirtschaft und Finanzen-Zahlungsbilanz– Internationale Transaktionen-EU-Direktinvestition–Hauptindikatoren, abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136173,0_45570701&_dad=portal&_schema=PORTAL</p>
Südhandel/BIP	<p>Import von <i>manufactured commodities</i> (Standard International Trade Classification - SITC Rev. 3-Gruppen Nr.: 5 (chemicals and related products), 6 (manufactured goods), 7 (machinery and transport equipment) und 8 (miscellaneous manufactured articles) aus nicht-OECD-Ländern, in US-Dollar in laufenden Preisen geteilt.</p> <p>Quelle: <i>OECD Foreign Trade by Commodities Statistics</i> und für jedes Land einzeln berechnet, abrufbar unter: http://fiordiliji.sourceoecd.org/vl=7933794/cl=45/nw=1/rpsv/cw/vhosts/oecdstats/16081218/v175n1/contp1-1.htm</p>

Kontrollvariablen

Strukturfondsmittel	<p>Jährliche Zuwendungen aus dem EU-Haushalt für Strukturpolitische Maßnahmen (1993-2006) bzw. aus dem Kohäsionsfonds (2007) in Mio. Euro.</p> <p>Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: EU Haushalt 2007 - Finanzbericht, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen, S. 74-80, URL: http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin_reports/fin_report_07_de.pdf</p>
----------------------------	---

Erwerbspersonen	Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter
	Quelle: OECD.Stat – Demography and Population – Population and Vital Statistics, abrufbar unter: http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx?usercontext=sourceoecd
Frauenerwerbsquote	Beschäftigungsquote von Frauen
	Quelle: Eurostat-Online Datenbank, Angaben basierend auf Labour Force Survey (LFS)
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquoten - Jahresdurchschnitte nach Geschlecht und Altersgruppe (%)
	Quelle: Eurostat-Online Datenbank, Angaben basierend auf Labour Force Survey (LFS)
Industriebeschäftigung	Beschäftigte im Industriesektor als Prozentanteil der Gesamtbeschäftigten im Jahresdurchschnitt
	Quelle: Eurostat-Online Datenbank, Angaben basierend auf Labour Force Survey (LFS)
Sozialausgaben	Sozialausgaben als Prozentanteil des Bruttoinlandsprodukts
	Quelle: Eurostat-Online Datenbank
BIP pro Kopf	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in USD und laufenden Preisen
	Quelle: OECD.Stat

Variablenbeschreibung

Variable	Beobach- tungen	Mean	Standardabweichung	Minimum	Maximum
Gini x 100	234	29.17949	4.344827	20	41
Politische Integration	209	15.15311	16.44675	1	77
Wirtschaftliche Integration	228	68.5364	10.75017	40.96	94.63
Sozialausgaben	209	24	4.947144	11.8	32.6
BIP pro Kopf	234	26177.32	9881.407	10320	79793
Strukturmittel	229	1515.524	1812.243	4.6	9627
Migrationsrate	233	3.648256	3.725033	-2.572	19.03
Südhandel/BIP	255	42074.01	29194.98	71.56112	144243.8
Erwerbspersonen	234	1.50e+07	1.64e+07	268900	5.52e+07
DI-Abfluss (Total)(Log10)	171	.0145364	.0789743	-.0031378	.7823852
DI-Abfluss (Europa)(Log10)	161	.0118651	.0615449	-.0033676	.5094869
Frauenerwerbsquote	233	44.25665	8.276611	24.9	63.9
Arbeitslosigkeit	229	7.664629	3.361001	1.9	19.5
Industriebeschäftigung	201	26.29751	4.569633	16.9	38.3

Ergebnisse der *Fixed-Effects* Modelle

Tabelle 8: Europäisierung von Einkommensungleichheit II

Fixed-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 1.1</i>	<i>Modell 2.1</i>	<i>Modell 3.1</i>
Politische Integration		-0.0163 (0.0131)	-0.0167 (0.0130)
Wirtschaftliche Integration			0.350** (0.177)
Wirtschaftliche Integration (quadriert)			-0.00226* (0.00123)
Jahr	-0.0496* (0.0252)	-0.0512** (0.0252)	-0.0678** (0.0263)
Konstante	128.3** (50.33)	131.9*** (50.34)	152.0*** (51.00)
R²	0.021	0.029	0.055

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=203

Tabelle 9: Globalisierung von Einkommensungleichheit II

Fixed-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 4.1</i>	<i>Modell 5.1</i>	<i>Modell 6.1</i>
Südhandel		0.0000382 ** (0.0000189)	0.0000467** (0.0000195)
Migration		0.101 (0.0942)	0.0969 (0.0947)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Total)		458.8 (169.4)	778.3 (338.3)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Europa)			532.6 (494.8)
Jahr	-0.0401 (0.0376)	-0.0848 (0.0569)	-0.0944 (0.0581)
Konstante	109.1 (75.09)	197.8* (113.3)	216.9* (115.7)
R²	0.0119	0.1217	0.1337

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=118

Tabelle 10: Europäisierung oder Globalisierung von Einkommensungleichheit II

Fixed-Effects-Regression auf die Gini-Koeffizienten der EU-Mitgliedsstaaten für den Zeitraum 1993-2007

<i>Variable</i>	<i>Modell 7.1</i>	<i>Modell 8.1</i>	<i>Modell 9.1</i>
Politische Integration		-0.0171 (0.0128)	-0.0170 (0.0131)
Wirtschaftliche Integration		1.204** (0.483)	1.181** (0.498)
Wirtschaftliche Integration (quadriert)		-0.00856** (0.00351)	-0.00832** (0.00362)
Südhandel		0.0000279 (0.0000149)	0.0000224 (0.0000195)
Migration		0.197** (0.0934)	0.200** (0.0959)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Total)		0.976 (0.226)	0.920 (0.437)
DI-Abfluss/Erwerbspersonen (Europa)			0.108 (0.430)
Jahr	-0.0285 (0.0376)	0.00169 (0.0639)	0.0138 (0.0663)
Konstante	85.95 (75.24)	-23.43 (126.1)	-47.40 (131.7)
R²	0.0062	0.2585	0.2553

Standardfehler in Klammern, *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1, N=115